Einzelpreis 15 Pf. Halle, Montag, den 13. Oktober 1919. 30. Jahrgang • Nr. 240

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto: Leipzig 1016.

Volksblatt

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 1,75 Mk., vierteljährl. 5,25 Mk.; durch die Post bezogen monatl. 1,75 Mk., ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 20 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 60 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textfeitentell.

Fochs Baltikum-Note.

Berlin, 12. Oktober. (W. T. B.) In der Frage der Räumung des Baltikums hat die Entente der deutschen Regierung nunmehr die bereits angekündigte Note zugehen lassen, der wir das Folgende entnehmen:

Paris, den 10. Oktober 1919. Die alliierten und assoziierten Regierungen nehmen Kenntnis von der in der Note vom 3. Oktober in alter Form zum Ausdruck gebrachten Absicht der deutschen Regierung, den Rückzug ihrer Truppen aus dem Baltikum und aus Litauen mit größter Energie einzuleiten und durchzuführen. Nachdem aber die Anordnungen der deutschen Regierung offenbar trotz der wiederholten Ersuchung und Vorstellungen der alliierten und assoziierten Regierungen so lange ausgeschoben worden sind, daß die deutsche Regierung jetzt behaupten kann, sie sei tatsächlich **nicht in der Lage, ihre Ausführungen durchzusetzen**, ist es schwer, nicht anzunehmen, daß diese

Verzögerung beabsichtigt

wurde, um die Verhältnisse herbeizuführen, welche die deutsche Regierung jetzt zu bedauern vorgibt. Augenscheinlich ist es tatsächlich unmöglich, eine andere Erklärung für die Weigerung zu finden, **den General v. d. Goltz zurückzurufen**, welcher ihr offizieller Vertreter gewesen ist, um die gegenwärtige Situation zu schaffen, die durch den offenen Widerstand gegen die berechtigten Ansprüche der alliierten und assoziierten Regierungen charakterisiert wird. **Warum hat man die Zurückberufung des Generals, die dreimal verlangt worden ist, verweigert?** Hat General v. d. Goltz seinen Instruktionen entgegengehandelt? Wenn das der Fall ist, warum ist dann seine Insubordination nicht bestraft worden, sei es durch eine schlichte Verabschiedung oder auf irgendeine andere Weise? Sofern die Regierung auf diese Frage nicht genügendere Erklärungen, als sie bisher gegeben hat, liefert, können die alliierten und assoziierten Regierungen nicht glauben, daß die deutsche Regierung ihren Versicherungen gemäß alles getan hat, was in ihrer Macht stand, um alle deutschen Truppen aus den baltischen Staaten zurückzuziehen. Es ergibt sich übrigens aus den letzten Nachrichten aus Lettland, daß sich

die Lage erheblich verschlimmert

hat infolge der Offensive, welche die Deutschen am 8. Oktober ergriffen haben, indem sie die deutsch-lettische Zone verletzten, **die lettische Stellung mit Panzerzügen, mit Flugzeugen und mit giftigen Gasen angegriffen** haben, indem sie weiter Riga bedroht und in Kurland die Bildung einer deutsch-russischen Regierung hervorgerufen haben, die sich der Lokalregierung feindlich gegenübergestellt hat. In Hinblick auf diese Lage halten die alliierten und assoziierten Regierungen das Prinzip der vollen Verantwortung der deutschen Regierung in der Ausführung des Abtransports aufrecht, und sie wünschen die in ihrem Telegramm vom 27. September angekündigten Maßregeln in vollem Umfang aufrechterhalten zu wissen, wenn der Abtransport nicht endlich unternommen und mit aller wünschenswerten Eile durchgeführt werden wird. Immerhin, um die Ausführung dieser Operation zu erleichtern und die deutsche Regierung zu unterstützen, nehmen die alliierten und assoziierten Regierungen den Vorschlag an,

alliierte Vertreter zu entsenden,

deren Mission darin bestehen wird, bei der deutschen Regierung von den Maßregeln Kenntnis zu nehmen, die von ihr getroffen worden sind, um die Bedingungen des Abtransports zu erfüllen, wie auch, um ihr dieselben vorzuschlagen, die sie selbst für nützlich halten, um am Platze selbst und in voller Aktionsfreiheit die wirksame Kontrolle der Ausführung dieser Maßregeln auszuüben. Der Vorsitz der Alliiertenkommission wird in die Hände eines Generals gelegt werden, den die alliierten und assoziierten Regierungen ernennen werden. Erst wenn dieser General dem Obersten Rat der alliierten und assoziierten Regierungen mitgeteilt haben wird, daß Maßregeln des Abtransports normal durchgeführt werden, können die durch das Telegramm vom 27. September vorgesehenen Maßregeln aufgehoben werden. Die deutsche Regierung wird gebeten, ihre Antwort so schnell wie möglich bekanntgeben zu wollen. Sie ist benachrichtigt, daß die alliierten und assoziierten Regierungen sie für jeden Akt der Feindseligkeit verantwortlich machen werden, der gegen ihre Repräsentanten in den baltischen Provinzen durch die deutschen Truppen sich ereignen könnte.

gez. Marschall Foch.

•

Die vorstehende Note der Entente läßt den ganzen Ernst der Abenteurerpolitik der deutschen Regierung im Baltikum mit furchtbarer Deutlichkeit erkennen. Gleichwohl ist sie noch milder ausgefallen, als man nach den vorausgegangenen Ankündigungen erwarten konnte. Sie zeigt vor allem darin noch ein gewisses Entgegenkommen, daß sich die Entente bereiterklärt, militärische Vertreter nach dem Baltikum zu entsenden, die an Ort und Stelle die bisher von der deutschen Regierung in der Räumungsfrage getroffenen Maßnahmen nachprüfen und feststellen sollen, ob hier auch wirklich alles Erforderliche veranlaßt worden ist. Es besteht indes wohl kaum ein Zweifel, daß die Entente im gegenteiligen Falle rücksichtslos von den angedrohten Zwangsmitteln Gebrauch machen wird. Darunter steht an erster Stelle die **Wiedererrichtung der Blockade gegen Deutschland, die Sperrung der Lebensmittel- und Rohstoffsendungen.**

Kommt es soweit, so trifft die volle Verantwortung dafür die deutsche Regierung, die die Treibereien der Militär-Camarilla im Baltikum nicht nur geduldet, sondern auch noch gefördert hat. Sie hat sie erst auf den gefährlichen Grad anwachsen lassen, und steht sich nun heute außerstande, ihre verhängnisvollen Folgen für das deutsche Volk noch zu verhindern. Wenn sie jetzt erklärt, die Entente sei schuld an der Entwicklung der Dinge, so ist das nichts als eine jämmerliche Verlegenheitsausrede. Es ist sehr bequem, zu behaupten, wie Herr Noske das tut, die Entente habe Deutschland wehrlos gemacht, es seiner militärischen Machtmittel beraubt, so daß ihm keine Gewalt gegen die aufsässigen Söldner mehr zur Verfügung ständen. Sehr treffend weist die L. B. darauf hin, daß nichts falscher sei als diese Behauptung. Es besteht noch eine große Truppenmacht in Deutschland, und nichts wäre leichter, als eine Armee gegen die Meuterer zu führen, wenn nur die Truppen des Herrn Noske zu solcher Aufgabe zu gebrauchen wären. Aber da liegt der Haase im Pfeffer! Bei den Führern, die die Nosketruppen kommandieren, bei dem reaktionären Geist der das Offizierkorps der Reichswehr beseelt, darf der Wehrminister es nicht wagen, eine militärische Expedition nach dem Osten zu senden. Denn er würde, wenn ihm die von den gegenrevolutionären Junkeroffizieren beherrschten Söldner nicht schon von vornherein den Gehorsam versagen, riskieren müssen, daß die ins Baltikum gesandten Korps sich dort mit den deutsch-baltischen Truppen verbrüdern, daß die Armee der Gegenrevolution, die sich dort unter v. d. Goltz gebildet hat, sich noch erheblich verstärkt. Ist es doch ein offenes Geheimnis für jedermann, der sehen will, daß die deutschen Söldner in Kurland und Litauen nach dem Plan der Führer nicht bloß zur Bekämpfung des russischen Bolschewismus und zur Verteidigung der Privilegien der baltischen Barone, zur Niederhaltung der Eingeborenenbevölkerung unter ihrer Herrschaft dienen, sondern daß sie ein Werkzeug sein sollen zur Wiederaufrichtung der Bourgeois- und Militärherrschaft, zur monarchistischen Restauration in Deutschland. Die ganze Tätigkeit Noskes ist eine einzige Unterstützung dieser Pläne gewesen. Um die Arbeiterschaft niederzuschlagen und niederzuhalten, hat er die gefährliche Hilfe der Reaktion annehmen müssen, die ihn jetzt selbst zu erwürgen droht. Bestünde eine Armee aus klassenbewußten Proletariern in Deutschland, so wäre trotz aller Bestimmungen des Friedensvertrages von einer solchen militärischen Ohnmacht der Regierung gegen meuternde baltische Söldner nicht die Rede.

Aber wie die Dinge jetzt stehen, hat sich die Regierung in ihrer lächerlichen Furcht vor dem russischen „Bolschewismus" und dem „Spartakismus" in Deutschland aller Macht begeben und sie in die Hände der Militärreaktion gelegt. Sie glaubt wunder wie gescheit zu handeln, und nun stellt sich heraus, in welch' verworrene und gefährliche Lage sie das deutsche Volk durch ihre revolutionsverräterische Politik gebracht hat. Mit Mühe und Not hat kräftige Aufklärungsarbeit der Unabhängigen Sozialdemokratie in den verhängnisvollen Junitagen die mit dem Feuer spielenden Regierungsparteien gezwungen, die wahnsinnige Katastrophenpolitik aufzugeben, die durch die Nichtunterzeichnung des Versailler Friedens das deutsche Volk in den Abgrund der furchtbarsten Not gestürzt hätte. Alles, was damals erreicht ist, droht jetzt wieder verlorenzugehen, wenn nicht ein günstiger Zufall der ohnmächtigen, unfähigen Regierung noch in letzter Stunde zu Hilfe kommt.

Und noch deutet nichts darauf hin, daß sich das Aeußerste und Schlimmste abwenden ließe. Alle Ermahnungen und Aufforderungen der Regierung an die abenteuernden Söldnerscharen im Baltikum, zurückzukehren, haben bis jetzt so gut wie keinen Erfolg gehabt. Die sogenannte „Eiserne Division" des famosen Majors Bischoff ist offen zu den russischen Reaktionsgeneralen übergetreten, und möglicherweise werden diesen meuternden Banden noch weitere Truppen folgen. So rächt sich jetzt diese verderbliche Politik der Regierung, und wieder wird das deutsche Volk es sein, das dafür büßen muß. Die Unfähigkeit dieser Regierung offenbart sich eben überall, wohin man auch blicken mag.

In engem Zusammenhange mit der Drohnote der Entente hat ihre andere Note, die die Blockade gegen Sowjet-Rußland aufs äußerste verschärft. Was der Entente bisher durch Anwendung militärischer Machtmittel nicht gelungen ist, nämlich die russische Räteregierung auf die Knie zu zwingen, versucht sie jetzt durch schärfsten wirtschaftlichen Druck zu erreichen. Rußland soll wirtschaftlich abgeschnürt und erdrosselt werden. Dabei verfolgt man die weitere Absicht, den etwaigen späteren politischen Einfluß Deutschlands auf Rußland vollständig zu unterbinden und die Wiederaufnahme von wirtschaftlichen Verbindungen unmöglich zu machen. Man will die Ausbeutungsmöglichkeiten in Rußland ausschließlich für sich ausnützen und dadurch zugleich auch Deutschland immer abhängiger von der Entente machen. Auch in diesem Punkte hat sich die deutsche Regierung wieder gründlich verrechnet. Solange sich die Entente von dem Kriege Deutschlands gegen die russische Sowjetrepublik Nutzen und Vorteil für sich versprach, ließ sie die Dinge ruhig gehen. Nun aber, wo sie darin eine Verstärkung des deutschen Einflusses im Osten zu erkennen glaubt, spricht sie ein Machtwort, und die deutsche Regierung hat zum Schaden obendrein auch noch den Spott und die Schande. Die Schwierigkeiten, die der bolschewistischen Regierung durch die Verschärfung der Blockade erwachsen, erscheinen als geradezu unüberwindlich. Im eigenen Lande hat sie sich ihrer militärischen Gegner nach drei Fronten zu erwehren, und von außen des gewaltigen wirtschaftlichen Druckes der Ententemächte, die mit aller Macht und mit zäher und verbissener Ausdauer auf den Sturz der ihr verhaßten Räteregierung hinarbeiten. Es ist nicht der „Bolschewismus", als vielmehr der Sozialismus, den sie mit der Zertrümmerung Sowjetrußlands vernichtend treffen will, und so ist letzten Endes dieser Kampf eine gewaltige Auseinandersetzung zwischen dem Sozialismus und dem kapitalistischen Imperialismus überhaupt. Für das internationale klassenbewußte Proletariat ist die geplante Abwürgung der russischen Arbeiterregierung von ungeheurer Bedeutung. Leider scheint dem Proletariat in den Ententeländern dafür noch die tiefere Erkenntnis zu fehlen; denn sonst müßte es alle seine Machtmittel in diesem Kampfe für Sowjetrußland einsetzen, um die Ententeregierungen zu zwingen, auch den wirtschaftlichen Kampf gegen Rußland einzustellen. Verharren die Arbeiter Frankreichs und Englands weiter Gewehr bei Fuß, so ist zu befürchten, daß mit der Niederwerfung Räterußlands auch der internationale Sozialismus auf lange Zeit hinaus auf dem Wege seiner Verwirklichung gehemmt und aufgehalten wird.

Wir wollen jedoch hoffen, daß sich die englischen und französischen Arbeiter in letzter Stunde noch auf ihre sozialistische Pflicht besinnen und ihren Gewalthabern ein machtvolles **Bis hierher und nicht weiter!** entgegensetzen!

Die Abschnürung Sowjetrußlands.

Berlin, 11. Oktober. (W. T. B.) Der deutschen Regierung ist durch die Waffenstillstandskommission folgende Note überreicht worden:

„Auf Befehl des Oberstkommandierenden der alliierten Armeen habe ich die Ehre, Ihnen zur Weiterleitung an die deutsche Regierung folgende Mitteilung der Friedenskonferenz zu machen:

1. Der Präsident der Friedenskonferenz ist durch die Konferenz beauftragt worden, die neutralen Regierungen von den durch den Hohen Rat der alliierten und assoziierten Mächte betreffs des auf das bolschewistische Rußland auszuübenden wirtschaftlichen Drucks gefaßten Beschlüsse in Kenntnis zu setzen. Die deutsche Regierung wird gebeten, Maßnahmen zu ergreifen, die den im § 2 näher bezeichneten entsprechen.

2. Die gegen alle Regierungen gerichtete, ausgesprochene Feindseligkeit der Bolschewiki und das durch sie verbreitete

Programm einer internationalen Revolution

bilden eine große Gefahr für die nationale Sicherheit aller Mächte. Jedes Anwachsen der Widerstandsfähigkeit der Bolschewiki vergrößert diese Gefahr, und es wäre im Gegenteil wünschenswert, daß alle Völker, die den Frieden und die soziale Ordnung wiederherzustellen suchen, sich vereinigten, um sie zu bekämpfen.

In diesem Sinne haben die alliierten und assoziierten Mächte nach Aufhebung der Blockade gegen Deutschland ihren Staatsangehörigen nicht erlaubt, die Handelsbeziehungen mit dem bolschewistischen Rußland wieder aufzunehmen. Diese Beziehungen können in der Tat nur durch die Vermittlung der Oberhäupter der bolschewistischen Regierung stattfinden, die nach Belieben über die ihnen durch die Handelsfreiheit gelieferten Produkte und Quellen verfügen. Sie werden daraus eine beträchtliche Kraftvermehrung schöpfen und auf diese Weise die durch sie auf das russische Volk ausgeübte Tyrannei steigern. Unter diesen Umständen haben die alliierten und assoziierten Mächte die Regierungen Schwedens, Norwegens, Dänemarks, Hollands, Finnlands, Spaniens, der Schweiz, Mexikos, Chiles, Argentiniens, Columbiens, Venezuelas gebeten, im Einvernehmen mit ihnen sofort die nachstehend bezeichneten Maßnahmen ergreifen zu wollen, um ihre Staatsangehörigen zu verhindern, **mit dem bolschewistischen Rußland irgendwelchen Handel zu treiben**, und versichern zu wollen, daß sie diese Politik streng durchführen werden:

a) Jedem nach einem russischen Hafen zu den Bolschewiki fahrenden Schiffe wird jede Ausfahrterlaubnis und jedem von einem dieser Häfen kommenden Schiffe wird die Einfahrterlaubnis verweigert.

b) Es werden ähnliche Maßnahmen für alle Waren ergriffen, die auf irgendeinem anderen Weg nach dem bolschewistischen Rußland befördert zu werden bestimmt sind.

c) **Jeder nach dem bolschewistischen Rußland gehenden oder von dort kommenden Person werden die Pässe verweigert.** (Ausgenommen Einzelfälle im Einvernehmen mit den alliierten und assoziierten Mächten.)

d) Es werden Anstalten getroffen, um die Banken zu verhindern, mit dem bolschewistischen Rußland Geschäftsverhandlungen zu pflegen.

e) Jede Regierung verweigert ihren Staatsangehörigen jede Erleichterung der Verbindung mit dem bolschewistischen Rußland, sei es durch die Post oder durch drahtlose Telegraphie.

Der Oberstkommandierende fügt hinzu:

„Teilen Sie der deutschen Regierung mit, daß die englischen und französischen Kriegsschiffe im fünftändischen Golf fortfahren werden, die bolschewistischen Häfen zu blockieren und die nach bolschewistischen Häfen fahrenden Schiffe anzuhalten, sobald sie dieselben auf ihrem Wege in Sicht erblicken werden."

Der Kampf um Riga.

London, 11. Oktober. (Reuter.) Daily Mail meldet aus Helsingfors vom 9. Oktober, daß die Vorhut des Obersten Awalow-Bermondt Riga besetzt habe.

Wie W. T. B. berichtet, scheint festzustehen, daß an den gemeldeten Kämpfen der westrussischen Truppen auch die deutsche Heeresgruppe Bischoff beteiligt ist. Mit diesen in russische Dienste übergetretenen Truppen hat, wie wir hören, die Regierung nichts mehr zu tun. General v. d. Goltz hat die Truppen aufgefordert, ihm mitzuteilen, wie sie sich zu den Ankündigungen der deutschen Regierung stellen.

Königsberg, 12. Oktober. (W. T. B.) Wie zuverlässig verlautet, marschieren starke estnische Kolonnen von Seewald auf Riga. Ebenso sollen Transportdampfer mit estnischen Truppen an Bord auf dem Wege nach Libau sein.

„Nur" 107 Milliarden.

Rotterdam, 11. Oktober. Daily Telegraph meldet: Die englische Feststellungskommission setzte die Gesamthöhe der Wiedergutmachungsforderungen an Deutschland auf 107 Milliarden Schilling fest.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219191013-12/fragment/page=0001

Clemenceau über den Friedensvertrag.

Der Friedensvertrag vom Senat genehmigt.

Paris, 12. Oktober. (W. T. B.) Amtlich. Der französische Senat hat dem Friedensvertrag mit 217 Stimmen bei einer Stimmenthaltung zugestimmt. Die Verträge mit England und den Vereinigten Staaten wurden einstimmig mit 218 Stimmen angenommen.

Bei der Erörterung des Friedensvertrages im französischen Senat nannte Ministerpräsident Clemenceau den Friedensvertrag unvollkommen. Die Vertreter Frankreichs auf der Friedenskonferenz hätten kein Wunder wirken können. Das ganze Leben bestehe aus Wachsamkeit. Zu dieser Wachsamkeit sei auch Frankreich verurteilt. Die Franzosen seien einig in dem Gedanken gewesen, diesen Krieg niemals zu provozieren, und andererseits hätten sie die Ueberzeugung gehabt, daß der Krieg mit allen seinen Lasten ertragen werden müßte. Aus diesem Gedanken heraus sei die Allianz mit Rußland und England entstanden. Clemenceau fuhr dann fort, die Welt sei groß genug, um auch Frankreich einen Platz zu lassen. Wilhelm II. hätte gesagt, die Zukunft Deutschlands liege auf dem Wasser. Heute liege seine Zukunft unter dem Wasser. England habe sich erst nach dem Angriff auf Belgien zum Eingreifen entschlossen. Es habe nur an Antwerpen gedacht. Heute müsse es aber auch, daß es an Calais denken müsse. Heute bestünden Verträge. Er habe gesagt, daß selbst, wenn sie nicht bestünden, er der Ueberzeugung sei, daß England doch Frankreich zu Hilfe kommen werde. Die Aufgabe sei gewesen, den deutschen Militarismus niederzuschlagen. Was die deutsche Einheit betreffe, so sei er gewiß kein Anhänger davon. Frankreich wolle die Deutschen nicht beherrschen. Die Franzosen wollten frei sein, um zu befreien. Die Deutschen knechteten sich aber, um zu knechten. Es läge nicht in der Absicht Frankreichs, in das Herz der Deutschen einzudringen. Was die Frage der Entwaffnung Deutschlands anbetreffe, so müsse zugestanden werden, daß zwischen fünf Millionen und 100 000 Mann ein Unterschied sei. Man habe die Militärpflicht gegen die Vorschläge der Sachverständigen beseitigt. Man habe die ganze schwere Artillerie verboten und die leichte Artillerie von 9000 Stück auf 280 herabgesetzt.

Warum habe man Deutschland diese Kanonen und die Festungen im Osten belassen? Weil Deutschland ein Interesse daran habe, sich zu verteidigen, und weil Frankreich kein Interesse daran hat, ein bolschewistisches Deutschland zu sehen. Clemenceau fragte: Glauben Sie, daß die Zukunft des deutschen Regimes ebenso sichergestellt ist wie die unsrige? Es vollziehen sich in der deutschen Armee Evolutionen, deren Tragweite man nicht voraussehen kann. Aber was er wisse, sei, daß dieser Staat in der jetzigen Weise nicht fortbestehen könne. Wenn man ihn frage, welches die Politik Frankreichs gegenüber Deutschland sei, so antworte er: Zunächst muß der Friedensvertrag ausgeführt werden. Das ist der Prüfstein. Er befürchte jetzt die wirtschaftliche Domination mehr als die militärische. Wenn wir für die Zukunft einen nützlichen Ausgleich haben wollen, dann müssen wir die französische Oberherrschaft sicherstellen. Aber damit Deutschland bezahlen kann, muß es arbeiten. Man müsse niemals vergessen, daß es sich um ein intelligentes, ordnungsliebendes und methodisches Volk handle. Auch die Frage der Verantwortlichkeit müsse geprüft werden. Das werde in Deutschland Tatsachen zeitigen, die man nicht kenne. Frankreich werde aber keine der widerwärtigen Verbrechen, die man gegen es begangen habe, amnestieren. Zum Schluß forderte Clemenceau die Franzosen auf, einig zu bleiben. Frankreich müsse viele Kinder haben. Ohne diese könne man in einen Vertrag hineinschreiben, was man wolle, und doch sei Frankreich verloren. Augustus habe die Römer gezwungen, eine starke Familie zu haben.

Clemenceau schloß: Unser Vaterland hat uns die schönste Geschichte hinterlassen. Unsere Kinder werden zu gut sein, um Frankreich zu degenerieren.

Clemenceau erhielt starken Beifall, und es wurde beschlossen, seine Rede im ganzen Land anschlagen zu lassen.

Ratifikation durch den englischen König.

Amsterdam, 12. Oktober. (W. T. B.) Das Reutersche Bureau meldet aus London vom 10. Oktober, daß der König den Friedensvertrag ratifiziert hat und die Urkunde nach Paris gesandt worden ist.

Ein Notschrei aus dem Saargebiet.

Berlin, 12. Oktober. Die Allg. Ztg. bringt einen Notschrei aus dem Saargebiet an das nichtbesetzte Deutschland, in dem die Saarbevölkerung dringend bittet, an den maßgebenden Stellen für ihre Wünsche einzutreten, um endlich von der französischen Militärdiktatur befreit zu werden. In dem Aufruf wird gegen die Unterdrückung aller Forderungen und Beschwerden durch die Unterorgane der französischen Militärverwaltung protestiert und eine Reihe Forderungen aufgestellt, darunter: Anerkennung der deutschen Gesetze, da das Saarland deutsch ist und deutsch bleiben will, das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht, Rückgängigmachung aller Ausweisungen, Rückführung aller Kolonialtruppen, Aufhebung der Grußpflicht gegenüber französischen Fahnen usw., Schutz vor Uebergriffen, Schaffung billiger Lebensmittel, Aufhebung des willkürlichen Reichsmarkkurses.

Saarbrücken, 12. Oktober. (W. T. B.) Als Opfer der Unruhen wurde von der Polizei eine größere Anzahl Verwundeter gemeldet. Nach der Saarbrücker Zeitung sind bis jetzt 400 Personen festgenommen worden, bei denen geraubte Waren gefunden wurden. Bei den Haussuchungen wurden Waren aller Art im Werte von 1½ Millionen Mark den Plünderern wieder abgenommen.

Streikbeschluß amerikanischer Bergarbeiter.

Amsterdam, 12. Okt. (W. T. B.) Times meldet aus Neuyork: Der Bergarbeiterverband beschloß, mit dem 1. November in den Streik zu treten, wenn die Bergwerksbesitzer nicht in die Forderungen der Bergarbeiter einwilligen. Diese Forderungen sind: 1. Lohnerhöhung von 60 Prozent, 2. sechsstündiger Arbeitstag, 3. fünftägige Arbeitswoche. Die Bergarbeiter haben es mit aller Gewalt auf diesen Streik abgesehen und sind überzeugt, das Land durch Hunger zu zwingen und auf diese Weise eine Verstaatlichung der Bergwerke erzwingen zu können.

Die Hafen- und Dockarbeiter in dem französischen Kriegshafen Brest sind in den Streik getreten. Nach einer Meldung des Temps aus Brest hat sich die Ausstandsbewegung auch auf die 2400 Arbeiter des Arsenals ausgedehnt.

Der Bauernaufstand auf Sizilien.

Basel, 12. Oktober. Während der Unruhen im sizilianischen Niesi wurden nach neuen Meldungen der römischen Blätter 16 an den Kundgebungen teilnehmende Bauern getötet und viele verletzt, da sich die Polizei eines Maschinengewehrs bedient hatte. Von Palermo sind 800 Soldaten als Verstärkung abgegangen, da die erste Abteilung von den Bauern eingeschlossen wurde. In der von den Unruhen heimgesuchten Gegend wurde sogar ein Zug von den Streikenden angehalten. Gegen 20 Personen wurden verhaftet. In Terra Novo kamen ähnliche ernste Unruhen vor. Bewaffnete Banden umstellten die Dörfer, um den Landwirten und allen anderen Personen den Austritt zu verwehren. Die Verhafteten wurden von Tausenden von Streikenden mit Gewalt aus dem Gefängnis befreit.

Mailand, 12. Oktober. Der Landarbeiterstreik in der Provinz Piacenza führte im Dorfe Besenzone zu einem Feuergefecht zwischen Streikenden und freien Arbeitern. Tausende von Streikenden hatten ein Bauerngehöft umzingelt und wollten die Vornahme der Arbeit verhindern. Die Besitzer setzten sich mit Waffen zur Wehr, wobei fünf Streikende getötet und viele verwundet wurden. Truppen sind unterwegs.

Gegen Nationalismus und Kriegshetze.

Ein Aufruf der italienischen Sozialisten.

Die gewaltsame Besetzung Fiumes durch d'Annunzio und seiner Freischaren, hat bekanntlich in Italien einen gewaltigen chauvinistischen Taumel hervorgerufen. Die nationalistischen Kreise erklärten enthusiastisch, Fiume dürfe auf keinen Fall wieder herausgegeben, und müsse nötigenfalls mit Waffengewalt verteidigt werden. Große nationalistische Demonstrationen fanden statt. Die Haltung der italienischen Chauvinisten droht, Italien in eine schwere Krise zu bringen. Kommt es doch einerseits in Konflikt mit der Entente, die mit einer glatten Einverleibung Fiumes in Italien durchaus nicht einverstanden ist, und erheben sich andererseits bereits dunkle Wetterwolken für einen Krieg gegen Großserbien, das sich die Wegnahme der schönen Hafenstadt noch viel weniger gefallen lassen will.

In diesem kritischen Augenblicke hat die sozialistische Partei Italiens sich in einem gewaltigen Aufruf an die proletarischen Massen gewandt und sie zum härtesten Widerstande gegen jenen nationalistischen Wahnwitz aufgefordert.

„Proletarier", so heißt es hier, „schließt euere Reihen, geht auf die Straße und setzt eure Demonstrationen der nationalistischen Demonstration, setzt eure Kraft den Anstrengungen eurer Gegner entgegen und laßt euren Friedenswillen über den Kriegswillen jener triumphieren!"

Hoffen wir, daß die revolutionäre Kraft und Geschlossenheit des italienischen Proletariats jeden Versuch der kriegsbeherischen Kreise, das Land von neuem in das Entsetzen des Krieges zu stürzen, schon im Keim ersticken wird.

Um die Verstaatlichung der engl. Bergwerke.

Lloyd George lehnt sie ab.

Amsterdam, 12. Oktober. Aus London wird gemeldet, daß Lloyd George den Abordnungen der Gewerkschaftsverbände erklärte: Die Regierung könne die Verstaatlichung der Bergwerke nicht in Erwägung ziehen. In Arbeiterkreisen wird diese Antwort als ungenügend angesehen. Einem Telegramm aus London zufolge hatten die englischen Gewerkschaften beschlossen, einen außerordentlichen Kongreß einzuberufen, wenn die Regierung auf die Vorschläge des Gewerkschaftskongresses bezüglich der Verstaatlichung der Bergwerke eine befriedigende Antwort nicht erteilt. Auf diesem Kongreß sollen aber die Maßnahmen beraten werden, die getroffen werden, um die Regierung zu zwingen, dem Ansuchen der Mehrheit des Ausschusses stattzugeben.

Die Times schreibt, die Weigerung des Premierministers, die Vorschläge der Bergarbeiter ohne weiteres anzunehmen, wird schon jetzt als eine Herausforderung der Bergarbeiterklasse bezeichnet. Auf diese Weise ist kein Friede möglich.

Daily News nennt die Rede Lloyd Georges eine absichtliche oder unabsichtliche Herausforderung nicht nur der Bergarbeiterklasse, sondern aller fortschrittlichen Kräfte im Lande.

Der sozialistische Daily Herald schreibt: Im industriellen Leben Englands werde nicht eher Ruhe herrschen, als bis die Verstaatlichung Tatsache und die Nation Besitzerin der Hauptbetriebe, von denen sie lebt, geworden ist.

Landbund und Zwangswirtschaft.

Die deutschen Agrarier sind Gemütsmenschen: mit der größten Kaltblütigkeit liefern sie die Bevölkerung der Hungersnot aus, um ihre profitsüchtigen Ziele durchsetzen zu können. Da die bisherigen Drohungen mit offener Rebellion, Einstellung der Lieferung von Milch, Butter und anderen notwendigen Lebensmitteln noch nicht zur geforderten Aufhebung der Zwangswirtschaft und damit völliger agrarischer Willkür der Preisfestsetzung geführt, greifen sie nunmehr zu neuen Kampfmethoden. Sie wollen zur extensiven Wirtschaft übergehen, wenn ihnen nicht willfahrt wird. Das heißt also: sie benützen das schlechte weltwirtschaftliche Verhältnis zu Deutschland, die Unmöglichkeit, für Deutschland im Auslande die benötigten Lebensmittel in ausreichender Masse zu erschwinglichen Preisen einkaufen zu können, zu der Drohung, die deutsche landwirtschaftliche Eigenproduktion sabotieren zu wollen, wenn nicht bis zum Beginn des neuen Wirtschaftsjahres 1920 jede Beschränkung der freien Wirtschaft fällt. Der Deutsche Landbund, die Interessenvertretung der agrarischen Freibauern, verlangt von der Regierung im einzelnen:

„1. Unverzügliche Schaffung eines großzügigen Abbauplanes für die gesamte Zwangswirtschaft unter Hinzuziehung aller Interessenkreise und schnellste Durchführung dieses Programms. Hierbei muß sich die Reichsgetreidestelle das zur Uebergangswirtschaft nötige Brotgetreide durch Lieferungsverträge mit künstlichen Dünge- und Futtermitteln, Druschkohlen usw. als Gegenleistung sichern;

2. sofort abzustellende Mängel: Hinreichende Belieferung der Landwirte mit Druschkohlen. Beschaffung der notwendigen künstlichen Dünge- und Futtermittel. Beseitigung aller Bestimmungen über die belästigenden, die Produktion hemmenden Revisionen und Kontrollen der Landwirtschaft. Aufgabe aller Kommunalisierungspläne in der Landwirtschaft. Aufhebung jeglicher Saatgutverkehrsbeschränkungen. Freigabe der Deputats an landwirtschaftliche Arbeiter. Freigabe des Hafers, der Gerste und aller Gemengearten dieser Früchte. Freigabe der gesamten Brot- und Schlachtvieh-Zwangsbewirtschaftung. Freigabe der Kartoffelzwangsbewirtschaftung."

Die Erfüllung der meisten dieser Forderungen, von denen einzelne durchaus diskutabel sind, würde ein so wahnsinniges Hinaufschnellen aller Preise für Lebensmittel nach sich ziehen, daß den breiten Massen der Bevölkerung auch eine nur einigermaßen genügende Ernährung unmöglich gemacht wäre. Die agrarischen Schatzsucher freilich würden finden, was sie suchen: eine Vervielfachung der sowieso schon unerhörten Kriegsgewinne. Diesen Forderungen gegenüber gibt es nur eine Hilfe: die sofortige Sozialisierung zunächst der riesigen vielbelichten Latifundien, Fideikommißherrschaften und überhaupt des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes, damit endlich die so notwendige Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion ermöglicht werden kann. Die tastenden Versuche des Herrn Robert Schmidt allerdings werden das Problem der Sicherstellung der Ernährung des deutschen Volkes nicht lösen. Dazu bedarf es energischerer Mittel, die freilich alle für den Kampf gegen die Arbeiterschaft reklamiert sind!

Kundgebung des Deutschen Städtetages.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat die Leitungsnachrichten, nach denen der Deutsche Landbund in mehreren Eingaben den schleunigen Abbau der gesamten Zwangswirtschaft gefordert hat, zum Anlaß genommen, um die zuständigen Stellen dringend vor einem Abbau der Zwangswirtschaft im gegenwärtigen Augenblick zu warnen. Er hat sich hierbei auf den Standpunkt gestellt, daß es noch nicht an der Zeit ist, den Abbau der Zwangswirtschaft ins Auge zu fassen, wenn der Städtetag auch den Eintritt dieses Zeitpunktes auf das lebhafteste herbeisehnt; wann der Zeitpunkt eintreten wird, ist vor Ablauf des Winters — für den große Ernährungsschwierigkeiten bevorstehen — schwerlich zu übersehen. Gegenwärtig wäre, so wurde dargelegt, der Abbau der Zwangswirtschaft ein Experiment, für das die jetzige Zeit mit ihrer politischen und wirtschaftlichen Verworrenheit und mit der Aussicht auf die schwierigen Wintermonate ganz besonders ungeeignet ist. Nach dem unglücklichen Ausgang der Eier-, Hafer- und Lederfreigabe kann kaum zweifelhaft sein, daß die erste Folge dieses Experiments die Steigerung aller auf diesem Gebiete schon bestehenden Auslandspreise und die weitere ein vollständiger Zusammenbruch der Wirtschaftsführung der Verbraucher wäre. Die Regierung ist für die Ernährung der Bevölkerung verantwortlich, und der Versuch des Landbundes, die Regierung von dem Bewußtsein dieser Verantwortung zu befreien, ist aufs tiefste zu bedauern. Unbedingt erforderlich ist im Gegenteil eine Stärkung des Verantwortungsgefühls nicht nur bei der Regierung, sondern auch in den Erzeugerkreisen und an seiner Belebung mitzuwirken, ist, so betont der Städtetag, die Aufgabe der gesamten Volksgemeinschaft.

Verewigung des Ernährungselends.

In einer dem Berliner Tageblatt „von unterrichteter Seite" zugegangenen Notiz, die sich die Aufgabe stellt, die Oeffentlichkeit über die trotz Milliardenzuschüsse weiterbestehende ungeheuerliche Lebensmittelteuerung zu beruhigen, wird auch einiges über die Ernährungsaussichten des kommenden Winters gesagt. Die Lage sei nicht voll geklärt. Mit Getreide würden wir einigermaßen auskommen, wenn nicht Getreideschiebungen nach dem Auslande das Bild verändern. Die Kartoffelbelieferung werde voraussichtlich wegen der Transportverhältnisse Schwierigkeiten machen. Der Fleischbedarf könne im Inlande nicht gedeckt werden. Soweit es die finanzielle Lage gestatte, müßten also auch für das kommende Halbjahr Lebensmittel aus dem Auslande herangezogen werden. Eine Erhöhung der Grundrationspreise um das Zwei- und Dreifache, wie sie der Stand unserer Valuta nötig mache, könne der Bevölkerung nicht zugemutet werden. Daher seien weitere Zuschüsse zur Verbilligung notwendig.

Das Ernährungselend geht also weiter, schier bis ins unendliche. Wenn die Regierung nur einen Teil ihrer „Tatkraft", die sie der Unterdrückung des Willens der breiten Volksmassen opferte, der Bekämpfung des Schiebertums gewidmet hätte, sähe es um manches besser aus. Aber sie hatte alle Hände voll zu tun, den Kapitalismus zu schützen und zu stützen, in dessen lumpigsten Revieren die Schieber ihr verbrecherisches Treiben üben.

Die Verwirrung in der K. P. D.

Die Unklarheit in den Reihen der Kommunisten über die elementarsten Fragen der Klassenkampfführung nimmt dauernd zu. Bitter rächt sich jetzt an ihnen und der Arbeiterbewegung überhaupt ihre Absplitterung von den in der Unabhängigen Sozialdemokratie organisierten revolutionären Massen; sie wurden dadurch zu einer Sekte herabgedrückt, ohne nachhaltigeren politischen Einfluß. Der unsinnige Kampf gegen den Parlamentarismus — der ja durchaus auch dem Programm der Moskauer Internationale widerspricht — und die völlige Hilflosigkeit gegenüber den Problemen der Gewerkschafts- und Rätebewegung bringen immer neue Gruppenbildungen in der K. P. D. hervor. Weil man vergaß, daß man den Gang der geschichtlichen Entwicklung nicht durch willkürliche Thesen in gewollte Bahnen lenken kann, weil man auch ohne jede Rücksicht auf den Reifezustand der Arbeiterbewegung die Revolution „vorwärtstreiben" wollte, verzichtete man auf die Datumsetzung der meisten marxistischen Kampftheorien und überließ sich einer hemmungslosen Politik der Gefühle und Stimmungen, die jede Einheitlichkeit der K. P. D. in der Stellungnahme zu den Fragen des Tages unmöglich machte. Während die Zentrale auf Grund ihrer marxistischen Einsicht die Beteiligung an den Parlamenten fordert, wird sie von einem Teil der Parteimitglieder abgelehnt. Geradezu unübersehbar ist die Fülle der kommunistischen Anschauungen über den Wert der Räte und Gewerkschaften. Hier wird die Revolutionierung der Gewerkschaften verlangt, etwa im Sinne der U. S. P., dort wieder verwirft man sie überhaupt und kehrt frohgemut zu den verstaubten Idealen syndikalistischer Erkenntnis zurück. Jede kommunistische Lokalorganisation huldigt verschiedenen Anschauungen und bildet sich ein, damit den besonderen Interessen des Proletariats ihres Wirkungskreises zu dienen. Daß nun die sich für ganz konsequent haltenden Kommunisten glücklich auch bei der Verneinung der Bedeutung der politischen Partei und ihres Wirkens überhaupt angelangt sind, beweist ferner ihre Angleichung an anarchistische Tendenzen, über die sich die Gründer der K. P. D., Liebknecht und Luxemburg, im Grabe umdrehen würden.

Die Zentrale der K. P. D. scheint die Gefahr der anarchistischen Auflösung der Partei erkannt zu haben, wie aus einer Erklärung hervorgeht, die sie in der kommunistischen Presse veröffentlicht. Sie schreibt:

„Die Rote Fahne in Berlin, auf deren Herausgabe die Zentrale der K. P. D. keinen Einfluß hat, hat in den letzten Nummern wiederholt Artikel veröffentlicht, die völlig dem Geiste des Kommunismus widersprechen und syndikalistisch waren. Als solche Artikel sprechen wir an denjenigen, der die Sabotage als individuellen Eingelakt, als die neue Waffe des Proletariats erklärt.

In ihrer Nummer 55-56 veröffentlicht nunmehr die Rote Fahne einen Artikel, an dessen Schluß es heißt, daß das Proletariat erkennen müsse, daß es sich auf anderen Boden als dem der Partei zu formieren habe. Dieser Boden sei die revolutionäre Betriebsorganisation.

Damit ist im syndikalistischen Sinne Wesen und Zweck der politischen Partei überhaupt und der kommunistischen im besonderen verneint.

Die Zentrale der K. P. D. erklärt, daß sie den oder die Verfasser dieses Artikels und die für dessen Aufnahme Verantwortlichen als der K. P. D. nicht mehr zugehörig betrachtet.

Die Zentrale der K. P. D."

Auf die weitere Entwicklung der Dinge in der K. P. D. kann man gespannt sein. Ob nicht mit der Zeit doch der Teil ihrer Anhängerschaft, dem Marx nicht nur Aushängeschild ist, ein Seifensieder über die nächste politische Notwendigkeit aufgehen wird?

Die Noskegewalt gegen die Freiheit.

Am Sonnabendmittag erschienen plötzlich in der Redaktion der gegenwärtig verbotenen Freiheit ein Polizeikommissar und eine Anzahl Leute von der neuen Berliner Sicherheitswehr. Sie verlangten, daß sämtliche Räume von der Redaktion verlassen werden. Trotz energischsten Protestes wurden Wachen in die Räume gestellt und nicht einmal zugelassen, daß jemand von der Redaktion dort bleibt, die eingehende Post zu sichten, zu verbinden, daß unberufene Hände die Redaktionsakten durchstöbern usw. Noske begnügte sich also nicht damit, den Druck und den Vertrieb der Freiheit zu verbieten, er wirft auch die Redakteure in aller Form aus ihren Räumen hinaus. Und dieses brutale Verfahren nennt Noske auch noch „sozialdemokratische Arbeit" verrichten.

Fliegende Stoßtrupps gegen das Proletariat.

Sonder Rast und Ruhe arbeiten Noske und „seine" Militärs an Plänen, das revolutionäre Proletariat niederzuhalten. Die Leipziger Volkszeitung veröffentlicht ein Doku-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219191013-12/fragment/page=0002

ment, wie man zunächst in Leipzig und Chemnitz, später auch in Döbeln „kleineren Unruhen" entgegenzutreten beabsichtigt. Es geht aus von der Sächsischen Grenzjäger- (Reichswehr) Brigade 19 und ist datiert vom 28. September. In diesem Dokumente heißt es u. a.:

„Um kleineren Unruhen und Plünderungen sofort entgegentreten zu können, macht sich, besonders solange die Bildung der Sicherheitspolizei noch nicht abgeschlossen, die Bereitstellung von sogenannten fliegenden Stoßtrupps erforderlich.

Diese Kommandeure sind dafür verantwortlich, daß die fliegenden Stoßtrupps gesichert untergebracht und dauernd innerhalb kürzester Zeit verwendungsbereit sind, sowie daß die überwiesenen L. K. W. dauernd fahrbereit sind."

Diese Stoßtrupps sollen drei Infanteriegruppen stark und mit einem leichten und einem schweren Maschinengewehr ausgerüstet sein. Die Führung wird einem „geeigneten Offizier" übertragen. Außerdem sollen nur „bewährte" Unteroffiziere, energische Leute, gute Handgranatenwerfer zu dieser hehren Kulturmission auserwählt werden. Zu alledem hat weise Voraussicht Kraftwagen mit gutem Kraftfahrpersonal, vielen Betriebsstoff, „genügend" Munition auf den Anhängern und Verpflegungsvorrat für drei Tage vorgeschrieben. Damit „im Bedarfsfall" alles klappt, sind auch Alarmübungen abzuhalten.

So wird die neudeutsche Soldateska für den Kampf gegen das Proletariat gedrillt. „Kleinere Unruhen": Infanterie, leichte und schwere Maschinengewehre, gute Handgranatenwerfer, das sind die Mittel, auf die sich die Schützer des Kapitals von heute stützen. Und der rechtssozialistische Kreishauptmann Lange gibt den Amtshauptleuten Anweisung, „nötigenfalls unmittelbar beim Befehlshaber zu Leipzig telegraphisch ein Eingreifen zu beantragen". Er hat offenbar, wie alle Rechtssozialisten, ganz und gar vergessen, daß solche Mittel am allerwenigsten geeignet sind, die in allen Fugen krachende kapitalistische Herrlichkeit für alle Zeit zu retten.

Notizen.

Die Verfolgung und Verhaftung von „Spartakisten" in der vierten Besatzungszone (von den Belgiern besetztes Gebiet) dauert fort. Im Verlaufe von acht Tagen wurden etwa 20 „Spartakisten" verhaftet.

Straßenbahneraustand in Brüssel. Nach Meldungen aus Brüssel haben die Angestellten der Straßenbahnen mit 3466 gegen 291 Stimmen den Ausstand beschlossen, weil ihnen die nach der letzten Arbeitseinstellung versprochene Lohnerhöhung noch nicht zuteil geworden ist.

Der frühere französische Minister Caillaux, der von Clemenceau ins Gefängnis geworfen wurde, ist von der Föderation des republikanischen Komitees des Departements de la Sarthe erneut als Kandidat für die Kammerwahlen aufgestellt worden.

Die politischen Einbrüche

in die Sekretariate der U. S. P. und in die Redaktionsräume der unabhängigen Zeitungen mehren sich neuerdings derart, daß man annehmen muß, es wird hierbei systematisch vorgegangen. In der letzten Zeit sind aus unseren Bureaus in Berlin, München und Braunschweig die Mitgliederverzeichnisse gestohlen worden. Erst in der Freitagnacht ist wiederum ein politischer Einbruchsdiebstahl in die Expedition der Oberfränkischen Volkszeitung in Hof verübt worden. Hierbei wurde die dort aufbewahrte Kartothek der Sektion Hof gestohlen. Wie das genannte Blatt berichtet, durchsuchte der Dieb sämtliche Räume, Kästen und Schubladen, bis er das Gewünschte gefunden hatte. Kassabücher und alle anderen Sachen hat er unberührt gelassen und nur die Kartothek gestohlen. Hoffentlich gelingt es recht bald, den Burschen festzunehmen, um die Urheber des Einbruchs kennen zu lernen.

Nationalversammlung.

96. Sitzung. Sonnabend, den 11. Oktober.

Der Haushalt des Reichskolonialministeriums.

Nach dem Berichterstatter ergreift das Wort

Reichskolonialminister Dr. Bell: Es wird nicht wundernehmen, daß der Vertreter des Kolonialamtes dieses Mal mit besonders bitteren Empfindungen seinen Etat vor dem Reichstag vertritt. Der bedauernswerte Verlust unserer Kolonien wird naturnotwendig in absehbarer Zeit auch das Reichskolonialministerium tödlich treffen. Die gewaltsame Wegnahme unserer Kolonien wird damit begründet, **daß wir durch unsere grausame Eingeborenenbehandlung den Anspruch auf kolonisatorische Tätigkeit dauernd verwirkt hätten.** Gegen diese unbegründeten Vorwürfe müssen wir vom Standpunkt unserer nationalen Ehre aus mit aller Energie Protest einlegen. Unser Dank gebührt den Offizieren und Mannschaften unserer Schutztruppe, allen Mitgliedern der Kolonialverwaltung, den Missionaren und den Eingeborenen. Hoffentlich kommt es bald zu einer Revision des Friedensvertrages auch in bezug auf unsere Kolonien. (Beifall.)

Abg. Böhmert (Dem.) schließt sich diesem Danke an. Zu dem Pessimismus des Kolonialministers liegt kein Anlaß vor. Gerade wir Deutschen haben in kolonisatorischer Beziehung ein besonders gutes Gewissen. Kein großes Volk kann sich auf die Dauer von der kolonisatorischen Betätigung absperren lassen, ebensowenig vom freien Meere.

Abg. Beuermann (D. Vp.): Der Raub unserer Kolonien wird nicht von ewiger Dauer sein.

Abg. Henke (U. S.): Mit der Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung wird auch die Kolonialpolitik, diese widerliche Zivilisationsheuchelei, zur Förderung nackter Profitinteressen verschwinden. (Lachen.) **Kolonialpolitik ist Unterdrückung, ist Ausbeutung, ist Vergewaltigung, und hat den deutschen Namen mit Schande bedeckt.** (Gelächter.) Hoffentlich ist Herr Bell der letzte Kolonialminister. Wir werden alles daransetzen. (Zuruf: Wasserstreik! — Lachen.) Dem Dank an die Farmer schließen wir uns **nicht an;** wir lehnen auch die nationale Ehre ab, in deren Namen stets die schlimmsten Grausamkeiten verübt wurden. **Man beginne mit der Zivilisation im Mutterlande.** Da sieht es sehr traurig damit aus. **Heute ist die Freiheit von Reichswehrsoldaten besetzt worden.** (Pfuirufe b. d. U. S.)

Der Haushalt wird bewilligt. Es folgt der Haushalt für die Post- und Telegraphenverwaltung.

Abg. Taubadel (Soz.): Im nächsten Jahre wird hoffentlich die Verkehrsreinheit schon geschaffen sein. Die Reichspost muß wieder in vorbildlicher Weise dem Verkehr dienen. **Noch immer müssen als Ersatz für Diebstahlsschäden ungeheure Summen aufgewendet werden.** Es herrscht nicht nur Unpünktlichkeit und Unzuverlässigkeit, sondern es gibt hier und da Mißstände, die sich durch die Verhältnisse nicht rechtfertigen lassen. Daher ist auch die Erbitterung weiter Kreise gerechtfertigt. Wir hoffen, daß das gesamte Personal alle Maßnahmen unterstützen wird, die zur Behebung der Uebelstände getroffen werden. Das Los der Hilfskräfte läßt noch immer zu wünschen übrig. Die Personalreform soll womöglich so gehalten sein, daß sie allen berechtigten Forderungen der Beamtenschaft gerecht wird.

Unterstaatssekretär Teuske: Die schlechte Beförderung von Postsachen hat ihren Grund vor allem in dem mangelhaften Zugverkehr und dem fehlenden Material. Wir haben genug Personal, aber ein Drittel davon sind Aushilfskräfte. Die weiblichen Hilfskräfte werden nach und nach durch Kriegsbeschädigte ersetzt. Ich hoffe, daß allmählich eine größere Zuverlässigkeit des Personals, und damit auch des Verkehrs, erreicht wird. Die Gehaltsfrage wird einer Regelung unterzogen werden.

Das Haus vertagt sich.

Montag 1 Uhr: Aenderung des Branntweinmonopols, Interpellation Scheidemann-Löbe über die hohen Preise im Schuhwaren- und Lederhandel, Postverwaltung.

Schluß 6½ Uhr.

Aus der Provinz.

Sangerhausen-Eckartsberga.

Am Sonntag tagte in Sangerhausen eine außerordentliche Generalversammlung des Kreisvereins Sangerhausen-Eckartsberga der U. S. P. Auch hier spielte, wie in den anderen Kreisen, die Debatte über die Politik der Partei eine Rolle. In einem durch seine Klarheit vorbildlichen Referat stellte Gen. Oelsner fest, welche Strömungen heute in der U. S. P. vorhanden sind. Nach kurzer Diskussion wurde folgender Antrag einstimmig zum Beschluß erhoben:

„Die Generalversammlung der U. S. P. für die Kreise Sangerhausen und Eckartsberga wendet sich scharf gegen die Beteiligung an dem Genfer Kongreß der 2. Internationale. Sie erklärt sich für den Zusammenschluß aller revolutionären Parteien in der 3. Internationale."

Zu Parteitagsdelegierten wurden die Genossen Franzke (Sangerhausen), Klein (Bielen) und Schneidewind (Heldrungen) gewählt. Eine starke Ausdehnung nahm die Diskussion über die Fragen der Organisation und Agitation. Gen. Oelsner teilte mit, daß ein neues Organisationsstatut in Vorbereitung ist. Auch die Umorganisierung der Kreisvereine steht bevor, wobei möglichst Rücksicht auf die industrielle Zusammengehörigkeit der Ortschaften genommen werden soll. Sehr im argen liegt die Ablieferung der Pflichtbeiträge durch die Ortsvereine. Gen. Oelsner wandte sich energisch gegen diejenigen Vereine, die den Kreis- und Bezirksvorstand einfach im Stich lassen. Auch die Frauenfrage, die obligatorische Einführung der Kämpferin, unseres Frauenorgans, und die Kommunalpolitik wurden vom Gen. Oelsner erläutert. Das neue Organ für unsere Gemeindevertreter, die Sozialistische Gemeinde, und ferner die Beratungsstelle für Kommunalpolitik werden ihr Teil daran tun, den in den Gemeinden tätigen Genossen die Arbeit zu erleichtern. Gen Franzke teilte mit, daß jetzt 52 Ortsvereine mit etwas über 5000 Mitgliedern im Kreise bestehen. Mehrere Redner besprachen die traurigen Finanzverhältnisse und die Mittel und Wege, die angewandt werden müssen, um aus der Finanzmisere herauszukommen. Auch die Pressefrage wurde erörtert, wobei der übereinstimmende Wunsch zum Ausdruck kam, nach wie vor das Halische Volksblatt zu lesen, bis der Kreis einmal imstande ist, ein Kopfblatt herauszugeben. Folgende Anträge wurden angenommen:

„Die Kämpferin ist obligatorisch einzuführen. Die Sozialistische Gemeinde ist in mindestens einem Exemplar jeder Ortschaft zuzustellen."

„Jede Zahlstelle regelt ihre Einnahmen und Ausgaben sowie die Entschädigung der Mitglieder für Vereins- und Parteiarbeit selbst. Von den Mitgliederbeiträgen sind von den Zahlstellen 75 Prozent an die Hauptkasse abzuführen, sowie der volle Ertrag der Eintrittsgelder und alle sonstigen Einnahmen. Von den in der Zahlstelle verbleibenden 25 Prozent der Mitgliederbeiträge sind die örtlichen Ausgaben zu bestreiten. Die Hauptkasse hat bei größeren Ausgaben die Zahlstellen zu unterstützen. Ebenso zahlt die Hauptkasse alle Vereinsinserate und Referate. Bei größeren Lokalbeständen haben die Zahlstellen die Pflicht, die Gelder, die am Orte nicht gebraucht werden, der Hauptkasse zuzuführen. Sämtliche Einnahmen in den Zahlstellen dürfen nur für die Partei verwendet werden; alle anderen Ausgaben sind durch die Hauptkasse auszuführen. Alle Unterstützungsgesuche sind an den Vorstand einzureichen. Die Zahlstellen dürfen keine Unterstützungen bewilligen. Eingereicht sollen nur solche Unterstützungsgesuche werden, die sich mit der Parteitätigkeit des zu Unterstützenden begründen lassen."

Außerdem wurde beschlossen, den Kreisvorstand aus 16 Vertretern des gesamten Kreises zusammenzusetzen. Als Vorsitzender wurde Gen. Franzke (Sangerhausen) und als Kassierer Gen. Haberland (Sangerhausen, Hüttenstr. 94), bestätigt. Die übrigen 14 Vorstandsmitglieder sollen von den einzelnen Ortschaften gewählt werden.

Merseburg. Gewerkschaftskartell I. In der letzten Sitzung des Gewerkschaftskartells wurde zuerst die Beitragsfrage in der Weise geregelt, daß rückwirkend vom 1. Juli 2 Pf. für die verkaufte Beitragsmarke als Kartellbeitrag erhoben wird. Zur Kartellkonferenz am 19. Oktober werden die Gen. Gramann, Herwig, Kleine, Müller und Klose gewählt, die drei letzteren als Ersatzleute. Die Gewerkschafts-Bibliothek befindet sich Weißenfelser Straße 6 und ist jeden Mittwoch nachmittags von 4 bis 6½ Uhr für die Jugend, und von ½8 bis 9 Uhr für Erwachsene geöffnet. Jedem organisierten Arbeiter ist hier Gelegenheit geboten, seine freie Zeit zum Studium guter Bücher zu verwenden. Als Ausweis dient das Partei- oder Gewerkschaftsbuch. Dem Bildungsausschuß wurden 100 Mark überwiesen. Unentschuldigt fehlten: die Vertreter der Buchdrucker, Lederarbeiter, Maler, Schneider, Maschinisten und Heizer, Eisenbahner und der Musiker.

Walhausen. Gemeinderat. Die Bestätigung unseres Genossen Schröder als Bürgermeister wurde bekanntgegeben. Für die als Schöffen ausgeschiedenen Herren Osterloh und Tettenborn wurden der Genosse Neumann und Herr Bahnuntersassistent Hellner eingeführt. Auch wurde die Kasse dem neuen Bürgermeister übergeben; anschließend stellte der Genosse Löffler den Antrag, einen vereidigten Bücherrevisor zu bestellen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Es machte sich auch die Neuwahl der Steuervoreinschätzungskommission nötig. Die Enteignung des Nöbigerschen Grundstücks, über die wir bereits berichteten, zum Preise von 1,75 Mk. für den Quadratmeter zum Bau von Wohnhäusern, wurde beschlossen. Dem Einwohner Benneniß wurde auf seinen Antrag hin ein Ueberteuerungszuschlag in Höhe von 15 000 Mark bewilligt.

Artern. Die Kohlennot macht sich bereits unangenehm bemerkbar, obwohl der Winter noch gar nicht angefangen hat. Das Elektrizitätswerk macht bekannt, daß infolge der ungenügenden Kohlenbelieferung eine Einschränkung der Elektrizitätsabgabe erfolgen müsse. Von 5 Uhr nachmittags ab soll an Motore kein Strom abgegeben und mit dem Lichtverbrauch soll möglichst sparsam umgegangen werden. Hoffentlich werden nicht noch schärfere Maßnahmen nötig sein.

Sachsenburg. Enoch Ardens Nachfolger. Die erschütternde Geschichte des englischen Dichters Pennyson von dem verschollenen Enoch Arden, der heimgekehrt seine Frau mit einem anderen verheiratet sieht, ist heute zu einem fast alltäglichen Ereignis geworden. So sind dieser Tage hier drei Männer aus französischer Gefangenschaft zurückgekehrt, die nach einem Fluchtversuch nach Marokko geschickt wurden, von wo sie keine Nachricht in die Heimat senden konnten. Die Ehefrauen der drei Heimgekehrten haben sich sämtlich inzwischen wieder verheiratet!

(Weitere Proving in der Beilage.)

Stotternde werden auf die am Dienstag, den 14. d. Mts., im Hotel Continental stattfindenden Sprechstunden von Herrn L. Warnecke aus Hannover aufmerksam gemacht. Der Besuch dieser Sprechstunden ist dringend zu empfehlen, da sich die Warneckesche Methode auch in hiesiger Gegend vorzüglich bewährt hat. Der Besuch der Sprechstunden ist vollständig kostenlos. *3218

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

25] [Nachdr. verb.]

Der Ingenieur selbst war der letzte, der begriff. Er ging hinaus, um die Depesche in Ruhe zu lesen. Es war ein furchtbares Unglück geschehen; die Zahl der Toten belief sich auf fünfzig. Aber was ging ihn das an? . . . Man rief ihn her. Warum? Die Brücke war von ihm erbaut, eine seiner letzten Arbeiten, die er ausgeführt hatte. Wollte man ihm die Schuld geben? Wollte man den Einsturz mit einem Fehler, mit einer Versäumnis von seiner Seite in Zusammenhang bringen?

Er zerriß das Telegramm und warf die Fetzen auf die Erde, als wenn er damit auch den Vorwurf, womit man ihm drohte, zerreißen und von sich werfen könnte. Aber der Vorwurf blieb in seiner Brust, und aus seinem Inneren richtete sich die Anklage gegen ihn: er hatte leichtsinnig gebaut! Gerade bei dieser Brücke, die er vor Toresschluß bis zur festgesetzten Frist fertigstellen mußte, hatte er in der Ueberhast weder das Material richtig geprüft, noch sich um die Ausführung der einzelnen Teile gekümmert. Sie war gar nicht eigentlich sein Werk, sondern das eines Menschen, den er später wegen Betrügereien fortgejagt hatte. Wer war ging ihn das jetzt noch an?! Man hatte sie nach der Vollendung geprüft und für gut befunden. Sie hatte jahrelang gehalten, seine Haftpflicht war abgelaufen; was wollte man denn jetzt noch von ihm?

Aber dann klang's in ihm: Fünfzig Tote! Fünfzig Menschen, die durch seinen Leichtsinn umgekommen waren! Er schüttelte sich, während er brütend in den Fluß hinabschaute, dessen schwarze Wellen im nächtlichen Dunkel murmelten und raunten. So flossen auch die Wellen hin über die Toten, die in der Theiß ertrunken waren. So murmelte und raunte auch dort das Wasser. Wie sie wohl aussehen mochten, diese fünfzig Leichname, die in den Waggons wie in Särgen eingeschlossen waren? Schrecklicher als seine Phantasie es sich vorstellte, konnte das Bild nicht sein.

Er beschloß hinzureisen. Es schien ihm, wenn er sich durch eigenen Anschein von dem Unglück überzeugte, würde es weniger grauenvoll sein.

Seiner Frau ein paar Zeilen hinterlassend, fuhr er nach Düsseldorf und reiste in der Nacht noch nach Wien.

Am nächsten Morgen las er einen ausführlichen Bericht. Die Zahl der aufgefischten Leichen betrug dreiundfünfzig, aber noch waren nicht alle geholt. Entsetzliche Details waren angegeben, wie der halbe Zug in den Zusammenbruch der Brücke hineingerissen war, wie gerade die vollsten Waggons hinabgestürzt waren und als Massengräbe die vollsten Waggons hinabgestürzt waren und als Massengräbe auf dem Grunde des Wassers lagen. Alles war ertrunken oder zerschellt. Die, welche sich hatten retten wollen, waren von den anderen festgehalten worden, man hatte die Leichen zu Klumpen ineinandergekrallt in den Kupees gefunden. Jedesmal, wenn der Zug hielt, kaufte Horstmann neue Zeitungen. Die Bahnhofsjungen schrien's ihm schon entgegen: „Das schreckliche Eisenbahnunglück! Sechzig Tote! . . ." Immer furchtbarer wurde die Zahl, die ihm in die Ohren gelte. Die Leute im Zuge sprachen von nichts anderem, und Horstmann selbst, durch einen unüberwindlichen Drang getrieben, unterhielt sich mit ihnen darüber.

In Budapest, wo Horstmann den Zug wechselte, stieg eine Dame ein, die ihn fragte, ob der Zug nach Szegedin ginge? In der ersten halben Stunde saßen die beiden allein im Coupé einander gegenüber, ohne ein Wort zu wechseln. Der Ingenieur konnte seinen Blick abwenden von der mageren Gestalt in schwarzem Mantel, aus dem ein unsagbar trauriges Gesicht ihn ansah. Die Frau machte vierzig sein; sie machte den Eindruck einer Schwindsüchtigen. Die hustete fast ununterbrochen, erstickte die rauhen Töne aber in dem Taschentuch, das sie sich mit Gewalt vor den Mund preßte. Und dann wandt sie sich vor Schmerzen, doch in den kurzen Zwischenpausen warf sie ihm aus ihren kindlichen Augen immer einen furchtsamen Blick zu, als wenn sie ihn um Verzeihung bäte wegen der Störung. Bei jeder Station fragte sie: ob dies Szegedin sei? Schließlich konnte Horstmann sich nicht mehr zurückhalten.

„Was wollen Sie denn in Szegedin?"

Da brach ihr ganzer Jammer hervor. Händeringend, mit hysterischem Weinen, von furchtbaren Hustenanfällen unterbrochen, erzählte sie, daß sie ihren Schwiegersohn und ihre Tochter bei dem Eisenbahnunglück verloren hätte. Die beiden waren bei ihr zum Besuch gewesen, hatten schon früher reisen wollen, aber die Mutter hatte sie bestimmt, noch zu bleiben. Sie hatte sie selbst an den Zug begleitet. . . . Das schien ihr in diesem Augenblick das Schrecklichste zu sein, daß sie, die eigene Mutter, schuld an dem Tode ihrer Kinder war.

Horstmann wußte nichts zu antworten. Er konnte kaum mitfühlen; nur der Gedanke war ihm qualvoll, daß dies arme, elende Wesen, durch das eigene Leiden schon ein Bild des Jammers, noch einen solchen Schmerz durchmachen mußte.

„Vielleicht sind Ihre Kinder gar nicht tot," sagte er, ohne selbst an diesen Trost zu glauben.

Aber die Frau schüttelte nur stumm den Kopf, sie hatte ganz sichere Nachrichten.

Die beiden schwiegen. In dem Kupee, dessen Fenster geschlossen waren, herrschte Brühhitze und ein unerträglicher Krankheitsgeruch. Die Frau wischte sich die Tränen aus den entzündeten Augen und rang mit ihrem Hustenkrampf. Aber plötzlich schlug sie die Hände zusammen und erging sich in neuen Selbstanklagen, mit ihrer heiseren Stimme das Getöse der Räder überschreiend.

„Ich habe sie an die Bahn gebracht und ihnen den Waggon ausgesucht. Ach, lieber Gott, warum mußte ich das tun? Ich habe ihren Tod auf dem Gewissen, ich, die so gern für sie gestorben wäre!"

„Wie können Sie so etwas behaupten?" unterbrach sie Horstmann grob. „Ebenso gut hätte das Unglück bei jedem anderen Zuge passieren können. Das konnten Sie doch vorher nicht wissen."

Und während er mit höhnischem Trotz die Kranke ansah, fuhr er fort:

„Wenn Sie sich schon solche Vorwürfe machen, wie soll sich denn der fühlen, der wirklich die Schuld trägt! Der Lokomotivführer, der den Zug hat entgleisen lassen oder der Baumeister, der die Brücke schlecht gebaut hat?"

Die Frau hatte furchtsam die Hand ausgestreckt, als wenn sie ihn bitten wollte, nicht weiter zu sprechen.

„Hebt denn der noch, der das getan hat?"

„Warum nicht?" erwiderte Horstmann achselzuckend. „Das ist doch sehr leicht möglich!"

„Der unglückliche Mensch!" sagte sie tonlos. Und ihre Hände vors Gesicht schlagend: „Gegen den, der das auf dem Gewissen hat, bin ich ja noch glücklich."

Der Ingenieur, von dieser Antwort getroffen, versank in Nachdenken. Nach einer Weile sagte er:

„Wenn dieser selbe Mensch — nehmen wir an, der Einsturz wäre auf den Leichtsinn des Baumeisters zurückzuführen — viele andere Bauwerke geschaffen hätte, wodurch er den Wohlstand und das Glück von Tausenden von Leuten hervorgerufen hat. Könnte ihn der Gedanke nicht trösten?"

„Was?" sagte die Frau, während ihr schmerzzerrissenes Gesicht Empörung ausdrückte und in ihren Augen ein fanatischer Glanz lag. „Können denn diese Glücklichen die Toten wieder lebendig machen? Für einen solchen Menschen sollte es noch Trost geben? Ich sage Ihnen, das ist so einer, von denen unser Herr Jesus spricht: Es wäre besser, er bände sich einen Mühlstein um den Hals und ertränkte sich."

Bei der nächsten Station suchte Horstmann sich ein anderes Coupé aus. Der Anblick der Frau war ihm widerwärtig, er konnte ihn nicht mehr ertragen.

Die schlimmste Nachricht traf Horstmann kurz vor Szegedin. Die Neue Freie Presse brachte einen Artikel: System Horstmann, der von unerhörten Angriffen gegen ihn strotzte. Er wurde nicht nur als der Schuldige an der Katastrophe, sondern als gemeiner Betrüger hingestellt. Alle Strecken, die unter seiner Regie entstanden waren, sollten dieselbe unerhörte Leichtfertigkeit in der Ausführung zeigen. Es wurde ihm vorgeworfen, das elendeste Material verwandt zu haben. Bei der Abrechnung sollte er die Gesellschaft übervorteilt haben. Das System Horstmann wurde als der Inbegriff alles Schändlichen und Betrügerischen hingestellt.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219191013-12/fragment/page=0003

Walhalla-Operetten-Theater.
Nur noch Mont. u. Dienst.: **Schwarzwaldmädel.** 5106
Mittwoch zum 1. Male: **Eine Walzernacht.**
Optte. v. Dr. H. Bachwitz. Musik v. Rudi Gfaller.
Der Komponist am Dirigentenpult.
Vorverkauf eröffnet. Kasse 10—1½ u. 4—6.

Stadttheater.
Dienstag, d. 14. Oktober, Anfang 7½, Ende 10 Uhr: **Die Rutschbahn.**
Mittwoch: 5062 **Die Zauberflöte.**

Echt. Stuhlflechtrohr wieder eingetroffen.
Drogerie G. Osswald Nachf. 5059 Ecke Harz.

Sprungbock zum Decken. 5060
Gärtnerei Haase, Artillerietrafe.

3 Könige, Kl. Klausstr. 7, Nähe des Marktes.
Bestes Familien-Varietee am Platze.
Texas Pathy | Orn-Duett | Tossa ??? | Apollo-Duett | Handke | Sylvester
Neue Posse: Wie werde ich energisch?
Humor. — Kunst. — Stimmung.

Filz-Aufnäh-Sohlen. *3105
Lederhandlung, Brüderstr. 13.

U.T

Leipzigerstr. Nr. 88 5077 Fernruf 1224.
Die Menschen, die nennen es Liebe
Verlorene Töchter. III. Teil.
Eine Kulturtragödie in 6 Akten.
Hauptrolle: **Manja Tzatschewa.**
Vorführ.: 4.20, 6.30, 8.40.
Inserieren ist Glückssache
Lustspiel in 1 Akt mit Ferd. Buch, Kaoppch.
Die neuest. Wochenberichte.
Beginn 4 Uhr.

Alte Promenade Nr. 11a Fernruf 5736.
Gewissenlose Bestien
I. Teil.
Abenteurerroman in 4 Akten.
Vorführ.: 5.00, 7.10, 9.20.
Paul Heidemann in dem köstlichen Lustspiel
Der Kammerdiener s. Frau
Vorführ.: 4.10, 6.20, 8.30.
Knöppchen in Schutzhaft.
Komödie in 1 Akt.
Beginn 4 Uhr.

Volkspark.
Dienstag, 14. Oktober, abends 8 Uhr:
Großer humoristischer Abend der Artistenbörse. *3219
Solo, Duette, Quartette, Possen.
Einen genußreichen Abend verspricht Der Vorstand.

Gewerkschaftskartell Halle a. S.
Mittwoch, den 15. Okt., abends 7½ Uhr, im Volkspark:
Sitzung.
Tagesordnung:
1. Eingänge und Mitteilungen.
2. Stellungnahme zur Erhöhung der Kartellbeiträge.
3. Verschiedenes. 5068
Vollzähliges und pünktliches Erscheinen ist Pflicht jedes Delegierten. Der Vorstand.

Apollo-Theater. 5036
Täglich abends 7½: **Der liebe Augustin.**
Operette v. Leo Fall.
Nicola: B. Löscher a. G. Augustin: M. Wilenz a. G.
Vorverk. 9-1 u. 5-½7.

Restbestände in derben **Hosenträgern,** Paar 1,25.
Dauerwäsche-Vertrieb Kl. Berlin 2, 1 Treppe rechts Ecke Sternstr. 5058
*3136

Amtliche Bekanntmachungen.

Halle.

Der Verkauf von Haferflocken erfolgt am Dienstag, den 14. Oktober. Es kann für jede Person eines Haushaltes ¼ Pfund abgegeben werden. Der Verkaufspreis beträgt 62 Pf. für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Haferflocken einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenliste eingetragen sind. Der Verkauf erfolgt unter Abtrennung der Marke 414 des Warenbezugsscheines 25.

Beschleunigung der Kartoffelzufuhr.

Die Zufuhr der für die Winterlagerung bestimmten Kartoffeln an die Haushalte hat begonnen. Es liegt im allgemeinen Interesse, daß sie schnell durchgeführt wird. Je rascher sich die Ablieferung bei jedem einzelnen Verbraucher abwickelt, um so rascher kommen die folgenden daran. Im allgemeinen Interesse liegt es, daß alle Besteller von Kartoffeln die zur Lagerung bestimmten Räume (Keller, Gelasse) bereitstellen und das Kaufgeld bereit halten, damit nicht in einzelnen Fällen, wie leider bisher, die Abgabe der Kartoffeln Verzögerungen erleidet.

Städtischer Verkauf von Rasierseife
in der Talamtschule, am Dienstag, den 14. Oktober. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 38001—58500, vormittags von 8—12 Uhr, und die Inhaber der Nummern 56501—74000, nachmitt. von 2—6 Uhr, sofern sie bei der vorhergehenden Verteilung von Rasierseife noch nicht beliefert worden sind. Es kann gegen Vorlage des Lebensmittelscheines an Haushalte mit 1—2 Personen ein Stück, an Haushalte mit 3—4 Personen zwei Stück und an Haushalte mit 5—6 Personen drei Stück Rasierseife usw. abgegeben werden. Der Verkaufspreis für ein Stück Rasierseife beträgt 60 Pf. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Im Winter 1919/20 kann Schnee und Eis kostenlos abgeladen werden auf den Kehrichtplätzen: 1. an der Werderstraße bei Plemitz, 2. an der Barbarastraße, 3. an der Wörmlitzer Straße, 4. an der Mauerlehr Straße, 5. am Krähenberg, 6. an der Feldbahnstraße und 7. dem Schuttabladeplatz der ehem. städtischen Sandgrube am Goldberge. Den Anweisungen der auf den Plätzen von der Polizeiverwaltung oder dem Magistrat aufgestellten Aufseher ist unbedingt zu folgen.

Halle, den 8. Oktober 1919.
Die Polizeiverwaltung.

Merseburg.

Milchversorgung.

Die Zufuhren an frischer Vollmilch haben sich wider Erwarten noch nicht wieder gehoben. Im Gegenteil ist in den letzten Wochen ein weiterer erheblicher Rückgang eingetreten. Die zur Verfügung stehende Kondensmilch ist fast aufgebraucht. Die in Aussicht gestellten Sendungen an kondensierter Vollmilch und kondensierter Magermilch sind bis heute noch nicht eingetroffen. I. Es wird aus diesen Gründen für den Bezirk der Stadt Merseburg angeordnet: 1. Kinder bis zu einschl. 2 Jahren (grüne Milchkarten) erhalten das ihnen zustehende 1 Liter Vollmilch unverkürzt. 2. Alle anderen Inhaber grüner Milchkarten (Kranke usw.) erhalten fort täglich 1 Liter nur ¾ Liter Vollmilch täglich. 3. Inhaber gelber Milchkarten (das sind Kinder von mehr als 2 Jahren bis einschl. 4 Jahren und weniger Schwerkranke) erhalten fort täglich ½ Liter nur ¼ Liter Vollmilch täglich. 4. Inhaber von roten Milchkarten (Kinder von mehr als 4 Jahren bis einschl. 6 Jahren und Leichtkranke) erhalten bis auf weiteres keine frische Vollmilch. Sie erhalten fort dessen, solange der Vorrat reicht, wöchentlich 1 Pfund kondensierte Vollmilch oder kondensierte Magermilch in Büchsen oder lose. Ein Anspruch auf eine bestimmte Sorte besteht nicht. Sobald Frischmilch oder kondensierte Milch zur regelmäßigen Ausgabe wieder zur Verfügung steht, wird dies vom Magistrat bekanntgegeben. II. Die Milchverkaufsstellen sind angewiesen, streng nach vorstehender Anordnung zu verfahren. Zuwiderhandlungen werden bestraft. Zu besonders dringenden Notfällen kann der Magistrat nach Anhörung des zuständigen Arztes Ausnahmen zulassen. III. Diese Anordnung tritt sofort in Kraft.

Merseburg, den 11. Oktober 1919.
L. A. II. 2967/19. Der Magistrat.

Ausgabe von Mager- und Buttermilch
in der Woche vom 13. bis 18. Oktober in sämtlichen Verkaufsstellen. Es werden an Mager- und Buttermilch zugeteilt: auf Feld 35 und 36, soweit diese noch nicht beliefert sind, auf Feld 37 für alle Versorgungsberechtigten ¼ Liter.

Merseburg, den 11. Oktober 1919.
Zu L. A. II. 2968/19. Das städt. Lebensmittelamt.

Delitzsch.

Städtischer Lebensmittelverkauf.

Butter von Dienstag, den 14. b. Mts. an: 25 Gramm für 30 Pf. Kartoffeln (39. Woche): 7 Pfund, das Pfund für 10 Pf. Nährmittel für Kinder bis zu 2 Jahren vom 13. bis 18. d. Mts.: Auf Kinderbrotkarten je ¼ Pfund in den Bäckereien Bröse, Max Hennig und Weißer.

Delitzsch, den 11. Oktober 1919.
Der Magistrat.

Scheffelbrot
darf wegen seiner Güte in keinem Haushalte fehlen!
4674

Engl. Zigaretten,
5061 Stück **30** Pf.
Türk. Handarbeits-Zigaretten,
Stück **40** Pf., 10 Stück **3.80** Mk.
Nordhäuser Kautabak
eingetroffen.
Zigarillos,
Stück von **50** Pf. an.
Zigarren,
Stück von **75** Pf. an.
Zigarrenhaus **Emil Strahl** Telephon 3185.
Leipziger Str. 19 (gegenüber C. F. Ritter).

Flechten Wunden offene Füsse.
Krampfadern, Krampfadergeschwüre, Beinleiden, heilt zweifelten Fällen mit oft überraschendem Erfolg die **hautbildende** schmerz- und juckreiststillende **„Vater Philipp-Salbe“.** Preis 2.70 und 5.10 M. überall zu haben. Man hüte sich vor Nachahmungen und bestelle, wo nicht erhältlich, direkt bei *3104
Tutogen-Laboratorium, Szittkehmen-Ramintten 126.

Bruchleidende
finden sichere Hilfe, auch in veralteten Fällen, durch mein seit 1894 erprobtes, Tag und Nacht tragbares federloses Bruchband **„Extrabequem“.** Zahlreiche Zeugnisse Leidbinden, Gerade-halter, Gummistrümpfe. Mein Vertreter ist wieder mit Mustern anwesend in Halle a. d. S., Freitag, den 17. Oktober, von 9—4 im Hotel Stadt Bernburg, Frankestraße. *3217
Bruchb.-Spez. L. Bogisch, Stuttgart, Schwabstr. 38 A Gegr. 1894.

Saalkreis.

Bekanntmachung.

Gemäß § 12 der Verordnung über die Fleischversorgung im Saalkreise vom 14. Oktober 1916 kommen in der Woche vom 13. bis 19. Oktober als Wochenkopfmenge etwa 125 Gramm Fleisch oder Wurst auf den Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung des Saalkreises zur Verteilung. Kinder unter sechs Jahren erhalten die Hälfte.

Die hergestellte Wurst wird auf die Fleischmenge angerechnet. Von der Reichsfleischkarte, auch von den Kinderfleischkarten werden sämtliche Abschnitte für den Empfang des Schlachtviehfleisches und der Wurst bestimmt.

Auf Grund der Verfügung des Landesfleischamtes vom 8. Juli u. J. wird angeordnet, daß die Fleischkartenabschnitte nicht mit 25 Gramm, sondern mit 1/10 der jeweils zur Ausgabe kommenden Wochenkopfmenge verwertet werden. 5075

Halle, den 13. Oktober 1919.

Die Kreisfleischstelle für den Saalkreis:
Landwirtschaftliche Viehversicherung, e. G. m. b. H., Halle a. S.
Jecht.

Volkspark, Burgstraße 27.
Kräftiger **Mittagstisch.** 4671

Max Schultze
Halle (Saale) Moritzzwinger Nr. 3
kauft
jeden kleinen sowie größten Posten
grüne Erbsen, gelbe Erbsen, Bohnen, Linsen, Kümmel. 4758

Bettstellen
Patentmatratzen
Ausziehtische
Nußb.-Vertikos
in großer Auswahl
G. Schaible
Möbelfabrik,
Gr. Märkerstraße 26, am Ratskeller. 4864

Reparaturen an
4863 **:: Uhren ::**
führen, bei solider Ausführ. zu normalen Preisen.
Kurt Unger, Uhrmacher, Große Steinstraße 85 (gegenüber Barfüßerstr.)

Hühnerhunde *3219 **Zu kaufen** gesucht.
Lysto 3fach stark geruchlos verdichtet
Flasche 2,25 Mark, zur Kur ausreichend, in Apotheken und Drogerien zu haben. Wo nicht erhältlich, schreibe man an Neuphamm, Hannover 46.

Betrug
begehen die Hausfrauen an sich selbst, wenn sie sich weiterhin, die Wäsche schädigende Kriegswaschpulver aufdrängen lassen.
Kluge Hausfrauen brauchen nur noch
Friedenswäsche. **Küas, Salmiak-Terpentin, Seifenpulver** Friedenswäsche.
sowie **Bleichsoda** und **Hochglanz-Schuhcreme „AKA“.** Allein-Hersteller: **Chemische Fabrik Küas, G. m. b. H., Köln.**
Generalvertreter: *3222
R. Kindler, Bitterfeld, Töpferwall 26e.
Vertreter für alle Bezirke gesucht.

Den wirklich echten
Nordhäuser Kautabak 5039
bekommen Sie stets im Zigarren-Versandhaus
Emil Friedrich, Friesenstr. 22.

DVM Deutscher Metallarbeiter Verband
HALLE A. S. FERNRUF BÜROZEIT 11-1, u. 4-6.
HARZ 42/44 № 1726 SONNABEND 9-2.
Klempner u. Installateure Mittwoch, 15. Okt., abds. 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus:
Branchen-Versammlung.
Tagesordnung: 5064
Stellungnahme zur Antwort der Innung.
Die Kolleegen müssen Mann für Mann zur Stelle sein. Die Branchenleitung.

Nietleben.
Mittwoch, den 15. Oktober, abends 8 Uhr, im Gasthaus zur Sonne:
Oeffentliche Versammlung.
Tagesordnung:
Das Rätesystem und die Arbeiterschaft.
Redner: Redakteur **Scholom,** Halle.
Freie Aussprache. 5073
Einer recht zahlreichen Beteiligung sieht entgegen
Der Vorstand des Sozialdemokr. Vereins U. S. P. D.

Sozialdemokratischer Verein U. S. P. Wolfen. *3224
Mittwoch, den 15. Oktober 1919, abends 8 Uhr:
Generalversammlung
Alle Mitglieder werden ersucht, wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung pünktlich in der Versammlung zu erscheinen. Der Vorsitzende.

Nachlass-Auktion.
Dienstag, d. n 14. Oktober, von vorm. 11½ Uhr an, sollen in : alle, Nikolaistrasse 6 (Händelpark) freiwillig versteigert werden:
Ei : grosser Posten *3225
gebrauchter **Kleidungsstücke** für Herren, Damen und Kinder, Leib-, Bett- und Tischwäsche, Gardinen, Stores, Portieren, Uebergardinen, Hand- und Küchentücher und anderes.
Besichtigung v. n vorm. 9½ Uhr an.
Konrad Drebinger, beeid. Auktionator, Halle, Burgstr. 50. — Fernspr. 5019.

Geschlechtsleiden können geheilt u. verhütet werden. Auskunft unter „Leben u. Gesundheit 6“ Berlin SW. 13 postl. *3220

Kaufe Nähmaschine, wenn auch nicht nähend. 5071 Breiteste. 23a, I. l.

Familien-Nachrichten.

Todesanzeige.
Sonnabend, den 11. Oktober, nachmittags 2 Uhr, entschlief ganz unerwartet nach kurzem, aber schwerem Krankenlager unser hoffnungsvoller, lieber Sohn, einziger Bruder und Enkel, mein unvergeßlicher Bräutigam und lieber Schwiegersohn, der Expedient
Waldemar Nowaki
im Alter von 23 Jahren. Alle, die ihn kannten, werden unsern herben Verlust mitfühlen.
Nietleben, den 13. Oktober 1919.
In tiefem Schmerz:
Familie Nowaki u. Braut Mariechen May. Familie Gastwirt May.
Die Beerdigung findet Dienstag, nachm. 3½ Uhr, vom Trauerhause aus statt. 5066

Ein Treffer!
Ziehung am 7. und 8. Novbr. 19. der
Geldlotterie
zu Gunsten d. Pensionsanstalt für Lehrer und Lehrerinnen.
6635 Gewinne, kein einer über 5000 M.
Hauptgewinne: **200000 75000 30000**
Empfehlen u. versenden auch unter Nachnahme.
Lose à M. 3.40
für Porto und Liste 40 Pfg. mitsenden.
Björnstil & Bansa Hamburg 25

Wir bieten durch Postnachnahme an:
Tabak, gar. rein Übersee (Kentucky)
Seife, Sunlight, Watson, gleichwert. Marken. Kerzen, Remm-Reisstärke. Schokolade. Billigste Tagespreise. *3221
Betthausen & Bänisch, Versandh., Köln a. Rh., Maybachstraße 159/161.

Rheumatismus-, Herzschwäche- u. Ischias-Leidenden gebe unentgeltlich Auskunft, wie ich von meinem 8jährigen Leiden befreit wurde. Anfrag. Rückporto beifüg. **L. Peltzer,** *3051 Heiligenstadt (Eichsf.).

Echter dänischer **Kautabak** frisch eingetroff. 1 Paket 4,50 Mk. gegen Nachn. Wiederverkäufer erhalten bill. Tabakwaren. Muster zur Ansicht. Jedes kl. Quantum an haben beim Vertreter 5063
Franz Rudloff, Thomasiusstraße Nr. 34.

Für Gastwirte empfehle ich mein Lager in **Karbidhängelampen.**
Otto Selka, Martinstr. 5.

Guterhalt. Pelz zu verkaufen Liebenauerstraße 161, Hof part. 5072

Halle und Saalkreis.

Halle, den 13. Oktober 1919.

Die Ermordung Mesebergs und die Brotfabrik Schubert.

Während die antisemitisch-scheinsozialistische Lokalpresse in allen Tonarten schwieg, als wir den Schleier über das dunkle Wirken der monarchistischen Mörderzentrale lüfteten, hat die öffentliche Meinung Halles sich naturgemäß ausgiebig mit der auf so gemeine Weise erfolgten Ermordung Mesebergs beschäftigt. Obwohl unsere Informationen so einwandfrei wie nur irgend möglich waren, hatten wir es aus ganz bestimmten Gründen unterlassen, die Namen derer zu nennen, die zuerst im Café Bauer und dann an einem anderen, unberufenen Ohren weniger zugänglichen Orte ganz ungeniert über die geplante Schreckenstat plauderten. Wir haben auch die Fabrik nicht genannt, nach der Meseberg (und auch Pludras) zweimal hingeschleppt wurde, und von der aus er schließlich seinen Todesgang anzutreten gezwungen wurde. Durch frühere Veröffentlichungen, die ein hiesiges Blatt in bezug auf das geheimnisvolle, bisher unaufgeklärte Verschwinden Pludras machte, wußte wohl ein jeder Hallenser, daß die geschilderten Vorgänge sich nur in der Brotfabrik von Schubert abgespielt haben können. Daß die Hallische Arbeiterschaft und alle die bürgerlichen Elemente, die das planmäßig durchgeführte Verbrechen einer gegenrevolutionären Mördergesellschaft aufs tiefste verabscheuen, keine große Neigung verspüren, das Schubertsche Brot weiter zu essen, ist wohl ohne weiteres verständlich. Unverständlich ist uns nur die Art, wie sich die Firma Schubert gegen den Rückgang des Konsums ihres Fabrikats wendet.

Am Sonnabend veröffentlichte sie in allen Blättern, also auch im Volksblatt, eine Erklärung, aus der hervorgehen soll, daß die Firma mit der von uns geschilderten Mordtat in keinem Zusammenhange stehe. Herr Theodor und Max Schubert schreiben da, daß sie alleinige, im Handelsregister eingetragene Inhaber der Brotfabrik Schubert seien. Und diese Firma sei mit einer Straftat, die einem ihrer Angehörigen in zwei Artikeln des Volksblattes zur Last gelegt wird, in Verbindung gebracht worden. Hierzu haben wir zu bemerken, daß es den Herren schwerfallen dürfte, aus den Volksblattartikeln das herauszufinden, was sie hier behaupten. Wir haben an keiner Stelle von Verfehlungen der Firma Schubert gesprochen, sondern nur mitgeteilt, daß die Gesellschaft, die von dem Mordplane Kenntnis hatte, sich nach der Wohnung von Sch..... begeben habe, in der dieser Herr u. a. erzählte, Meseberg sei schon einmal hierher (in die Brotfabrik Schubert) gebracht worden; man habe ihn aber laufen lassen müssen, weil die Sache schlecht geklappt habe. Heute würde die Sache aber besser klappen.

Die Tatsache, daß Meseberg zweimal des Nachts nach der Brotfabrik Schubert geschleppt wurde, um auf irgendeine Weise beseitigt zu werden, ist nicht abzustreiten und wird auch nicht bestritten. Die Brotfabrik war ja um jene Zeit herum das reine Heerlager. Am Tage des Einrückens General Maerckers hatte die Firma Schubert 20 Landesjäger angefordert und auch bereitwilligst erhalten, angeblich zum Schutze der Fabrikanlagen. Aus diesen 20 Mann ist bald die berüchtigte 2. Streikkompagnie des Freikorps Halle entstanden, die unter Ausnutzung des Belagerungszustandes ihre von uns des öfteren geschilderte Tätigkeit sogar auf die Umgebung Halles ausdehnte. Die Bäckerei ist des öfteren die reine Arrestanstalt gewesen, weil alle nach 7 Uhr abends von den „Ordnungs"truppen aufgegriffenen Personen dort eingesperrt wurden. Der Mehlboden war als Mannschaftsquartier umgestaltet; das Kommando führte dort — als Leutnant und Kompagnieführer Rothe — der entlohnte Student Huberti, der Mörder Mesebergs und jedenfalls auch der Anstifter zur Ermordung Pludras. Man kann also verstehen, warum die Firma von ihrem bisherigen Mitinhaber energisch abzurücken versucht.

Geradezu lächerlich wirkt die nebenanstehende Erklärung des Herrn Otto Schubert, der also derjenige ist, der in die Meseberg-affäre verwickelt ist. Der Herr behauptet, daß ihn das Volksblatt der Anstiftung zu einer schweren Straftat beschuldigt habe. Er bezeichnet diese ungeheuerliche Beschuldigung als „absolut unwahr" und fügt hinzu, daß er bei der Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren gegen sich selbst eingeleitet habe. Zunächst haben wir zu bemerken, daß wir Herrn Otto Schubert die Anstiftung zum Morde an Meseberg nicht zu beweisen vermögen, folglich auch nicht von einer solchen geschrieben haben. Aber abgeleugnet kann nicht werden, daß Herr Schubert von der grausigen Tat Kenntnis hatte und folglich zum mindesten als Mitwisser in Frage kommt. § 139 des Strafgesetzbuches lautet:

„Wer von dem Vorhaben eines Hochverrats, Landesverrats, Münzverbrechens, Mordes, Raubes, Menschenraubes oder eines gemeingefährlichen Verbrechens **zu einer Zeit, in welcher die Verhütung des Verbrechens möglich ist, glaubhafte Kenntnis erhält und es unterläßt, hiervon der Behörde oder der durch das Verbrechen bedrohten Person zur rechten Zeit Anzeige zu machen,** ist, wenn das Verbrechen oder ein strafbarer Versuch desselben begangen worden ist, mit Gefängnis zu bestrafen."

Herr Otto Schubert hat bisher nicht bestritten, von der geplanten Tat gewußt zu haben. Im Gegenteil, er hat unter Zeugen sogar zugegeben, daß unsere Darstellung des Vorgangs zum Teil zutreffend sei. Gelegentlich von Verhandlungen, die am 1. Oktober im Gewerkschaftshause stattfanden und an denen Herr Otto Schubert als Vertreter der Firma teilnahm, erklärte er, als ihm gesagt wurden sei, daß es für einen Geschäftsmann sehr unklug sei, so zu handeln: „Ja, warum nicht, ich bin doch Offizier! Bei den Verhandlungen in der Artilleriekaserne habe ich Meseberg als robusten Menschen kennengelernt!" Unter Zeugen erklärte er dann weiter: „Als ihm mitgeteilt worden sei, daß Meseberg soeben nach der Bäckerei gebracht worden sei, habe er freudig ausgerufen: „Den Spaß lasse ich mir ein paar Pennige Geld kosten! Mädchen, stelle Wein kalt!"

Wie es heißt, hat dann wohl in jener Nacht ein freudiges Zechgelage in der Schubertschen Brotfabrik stattgefunden. Von anderer Seite wird uns noch bestätigt, daß Herr Schubert den Mordgesellen, die eigens zur Begehung ihrer scheußlichen Tat von Berlin nach Halle kamen, doch einen Geldbetrag gegeben hat. Ob dies nun als Belohnung für ihre Untat aufzufassen ist oder nicht, kann hier ununtersucht bleiben. Wenn der Herr seiner Sache also so sicher wäre, wie er in der Erklärung glauben machen möchte, dann hätte er ja Klage gegen das Volksblatt anstrengen können. Das wäre doch ein weit bequemeres Verfahren als die Einleitung der Verfolgung gegen sich selbst. Der Staatsanwalt hätte sicher nicht Nein gesagt! Aus all dem geht hervor, daß die Firma klüger getan hätte, zu schweigen, als die Oeffentlichkeit durch die drollige Erklärung erneut auf den schauderhaften Vorgang zu lenken.

Jedenfalls steht auch so viel fest, daß hier durch die Behörden mit zweierlei Maß gemessen worden ist. Die Kommunisten, die nur irgendwie in Verdacht standen, von dem angeblich geplanten Mord an dem Lockspitzel Hartung etwas zu wissen, hat man schleunigst verhaftet, Herr Schubert hingegen erfreut sich noch heute der goldigen Freiheit, obwohl feststeht, daß er als Mitwisser eines gemeinen Verbrechens in Frage kommt. Genosse Kilian wird schon sieben Monate in Untersuchungshaft gehalten, angeblich wegen Verdunkelungsgefahr. Wir meinen, daß hier weit eher Verdunkelungsgefahr besteht. Es ist geradezu tragisch, immer deutlicher zu sehen, daß die Ermordung Mesebergs niemals ihre Sühne finden wird. Er war ja nur ein „Spartakist" — — —

Eröffnung der Volkshochschule Halle.

Auf Sonnabendabend 6 Uhr, fand die feierliche Eröffnung der Volkshochschule Halle unter großer Beteiligung der Hörer im Stadtgymnasium statt. Musikstücke rahmten die Feier würdig ein. Nach kurzen einleitenden Worten des Stadtschulrats Brendel, der den Ausschüssen, der Presse, den Dozenten und Hörern den Dank des Magistrats aussprach, kennzeichnete Universitätsprofessor Menzer in dem Eröffnungsvortrage die Ziele der Volkshochschulbewegung. Das Kultusministerium des alten Regimes habe noch vor wenigen Jahren die Bewilligung von 15000 Mk. für Zwecke der Volksbildung glattweg abgelehnt. Heute hat fast jede Gemeinde ihre Volkshochschule. Sie will vor allem wahrhafte Staatsgesinnung erzeugen. Das Kaisertum sei nicht imstande geweien, ein einheitliches Staatsbewußtsein innerhalb der deutschen Stämme und Stände zu erzeugen. Die Volkshochschule will ferner nicht nur einseitig den Verstand, sondern auch Gemüt und Willen bilden. Die naturwissenschaftlichen Vorträge sollen vertiefte Kenntnis der Naturgesetze und -vorgänge vermitteln. Geschichtsvorlesungen sind für jeden politisch Denkenden eine Notwendigkeit. Die Philosophie will Fragen beantworten, vor die jeder Mensch täglich gestellt wird, sie will den Menschen einen Blick hinter die Erscheinungswelt tun lassen. Die Kunst soll den Menschen hineinführen in ein schöneres, höheres Erleben. Die Beschäftigung mit klassischer Literatur soll die Hintertreppenromane aus Arbeiterhäusern verbannen. — Wichtig seien aber auch praktische Kurse, durch die der Arbeiter erstens ein politischer Mitarbeiter werde in der Verwaltung, als Stadtverordneter, in der Arbeiterversicherung, im Gewerkschaftswesen, als Betriebsrat usw. Zweitens soll der Arbeiter durch diese praktischen Kurse eingehende Kenntnisse der Maschinen erhalten, an denen er arbeitet, und der Produktionsvorgänge innerhalb der Fabriken. Es soll dabei an Hallische Verhältnisse angeknüpft werden. Als Unterrichtsarten charakterisierte Prof. Menzer zwei: Vorlesung und Uebung. — In Halle sei die Volkshochschule leider in Gefahr, von den Parteien zerrieben zu werden. (?) Prof. Menzer bestritt energisch, daß es eine rein kapitalistische Wissenschaft gäbe und versuchte, diesen Vorwurf an Beispielen zu widerlegen. Die Vermittlung von Wagners Tannhäuser z. B. sei durchaus nichts kapitalistisches. Die Volkshochschule jedenfalls werde nach voller Objektivität streben. Die Volkshochschule Recht des Menschen sei ja nicht das Stimmrecht, sondern das Recht auf eigenes Denken. Der Redner schloß mit dem Satz (von Fichte): „Nicht die Gewalt der Waffen oder der Arme, sondern die Kräfte des Gemütes sind es, welche Siege erkämpfen!" (Lebhafter Beifall.)

Nachtrage war u. a. sehr stark nach Karten für Goethes Faust I, Stimmbildung, Elektrizität und ihre Anwendung und Richard Wagner. Hier wären Parallelkurse angebracht oder Wiederholung nach Weihnachten am Platze. **Politische Vorträge sind in Zukunft zweckmäßig ganz den Parteien zu überlassen, dagegen die erwähnten praktischen Kurse im Verwaltungswesen, kommunaler Praxis usw. möglichst bald einzurichten.** Manchen Vorträgen hätten auch wir einen größeren Hörerkreis gewünscht. In den nächsten Tagen werden die letzten Karten freihändig verkauft sein. Man kann aber mit dem bisherigen Erfolge zufrieden sein. Und der Mitzerfolg einzelner Kurse? Es gibt gute Lehren, die hoffentlich nun auch beherzigt werden. Tr.

Was sind die Einwohnerwehren?

Unausgesetzt haben wir auf den offen zutage tretenden gegenrevolutionären Charakter der von Noske gehätschelten ländlichen Einwohner- und städtischen Bürgerwehren hingewiesen. Dieser Hinweis ist aber von den gegenrevolutionären Machern ebenso oft mit größtem Kraftaufwand als Lüge und Verleumdung hingestellt worden. Namentlich die Hallischen Bürgergardisten wehrten sich gleich bei der Aufstellung der Weißen Garde gegen unseren Nachweis, daß es sich um das Rüsten der Gegenrevolution handle. Da ist es nun recht interessant, was der Freiheit in einem Schreiben aus Neukölln, unterzeichnet A. Richter, mitgeteilt wird. In dieser Zuschrift heißt es:

„Wiederholt lese ich in Ihrer geschätzten Zeitschrift, daß wir Mitglieder der Einwohnerwehren aus Elementen bestehen, welche monarchistisch gesinnt sind. Nun gut, das bestreiten wir nicht, und wenn es gilt, die Monarchie zu errichten, was mit Sicherheit nicht mehr fernsteht, so werden wir Leib und Leben einsetzen, um diese Lumpen- und Verbrecher-Regierung zu beseitigen, wie es Ihnen ja schon unser allverehrter Herr Oberst Reinhard gesagt hat. Wer sich aber nicht für die Monarchie stellt und nicht vom Kopf bis Fuß Monarchist ist, der Lump soll sich auf schnellstem Wege aus der Einwohnerwehr rausscheren, ehe er rausgeschmissen wird."

So schreibt einer, der den wahren Geist der Einwohnerwehren kennt und der selbst von ihm erfaßt ist. Wie bei der Beratung der Magistratsvorlage zur finanziellen Unterstützung der monarchistischen Schutzgarde wird nichtsdestoweniger weiter darüber gezetert werden, daß das böse Volksblatt der Katze die Schelle umgehängt hat.

---

* **Der Kampf der Holzarbeiter dauert fort.** Am Sonntag tagte eine Versammlung der Holzarbeiter, in der beschlossen wurde, den Lohnkampf weiterzuführen, da man den Forderungen der Arbeiter nicht genügend entgegengekommen ist. Den ausführlichen Bericht können wir technischer Schwierigkeiten halber erst morgen bringen.

* **Holzarbeiter.** Morgen, Dienstag, abends 7½ Uhr findet im Gewerkschaftshaus eine wichtige Versammlung aller in der Automobilbranche sowie im Waggonbau beschäftigten Stellmacher statt, wo über wichtige Vorgänge im Verband geredet werden wird. Auch die in Frage kommenden Tischler und Maschinenarbeiter mögen sich beteiligen. Die Ortsverwaltung.

* **Freie Sozialistische Jugend.** Heute, Montag, abend: Fortsetzung der Generalversammlung. Dienstag abend: Vortrag des Genossen Gumperts über die Gewerkschaften. Donnerstag abend: Lichtbildervortrag des Genossen Knauthe. Zu allen Veranstaltungen wird rege Beteiligung der Jugend gewünscht.

* **Um unsere Jugendbewegung.** Wir waren in der letzten Zeit gezwungen, uns einige Male scharf gegen den verhängnisvollen Weg zu wenden, welchen die kommunistischen Leiter der Freien Sozialistischen Jugend eingeschlagen haben. Wir haben dabei völlig wahrheitsgemäß berichtet, wie man den Kampf gegen die U. S. P. auf der Bezirkskonferenz in Halle proklamierte und wie man in einer Metallarbeiter-Lehrlingsversammlung geradezu mitleiderregenden Unsinn fabrizierte. Das haben die Jugend-Oberkommunisten uns sehr übelgenommen, und sie senden uns eine Art Berichtigung, aus der zu entnehmen ist, daß unsere Angaben über die Vorgänge in der Lehrlingsversammlung nicht stimmen sollen. Das haben die kommunistischen Drahtzieher schon am Freitag in der Generalversammlung der Jugend behauptet, mußten sich aber unter großer Heiterkeit von den Jugendlichen, die an der Lehrlingsversammlung teilgenommen hatten, sagen lassen, daß der Volksblattbericht ganz richtig war und daß in der Versammlung allerdings ein Unsinn verzapft worden ist, der geeignet ist, die Freie Sozialistische Jugend unterschied zu blamieren.

Wir haben aus dieser bedauerlichen Tatsache nur die Folgerung gezogen, daß dieser Unsinn die Frucht der Phrasen ist, mit denen gewisse Kommunisten die Jugend gefüttert haben. Wenn die Einsender meinen, wir wüßten nicht, was im Innern eines jungen Proletariers vorgeht und wir bezeichneten gerechte Forderungen als hohle Phrase, so weiß jeder, der das Volksblatt liest, daß wir selbst die radikalsten Forderungen der Jugend zur Besserstellung ihrer wirtschaftlichen Lage jederzeit warm befürwortet haben. Dann erklären die Einsender, wir seien bewußte und gemeine Lügner, wenn wir schrieben, die Jugend würde zu parteipolitischen Zwecken von gewissen Leuten mißbraucht. Zwei Zeilen darunter erklären aber die Einsender wörtlich: „Wir haben uns geistig an das Programm der Kommunistischen Partei angeschlossen." Na also! Wer ist denn der „bewußte und gemeine Lügner"? Sollte es wirklich durch diese „geistige Anlehnung" an die Kommunistische Partei zu einer Spaltung kommen, so wird es keine „U. S. P.-Jugend" geben, wie in dem Produkte, mit dem man uns bombardiert hat, behauptet wird, sondern es wird eine Kommunistische Jugend und eine Freie Sozialistische Jugend geben, die gegen keine Partei des revolutionären Proletariats kämpfen, sondern ihre Aufgabe in der Aufklärung der Jugend sehen wird.

* **Für die Freie sozialistische Jugend** wird am Donnerstag, den 16. Oktober, im kleinen Saal des Volksparkes ein Lichtbildervortrag gehalten, in dem Genosse Knauthe über „Kampf den Kulturlünden" sprechen wird. Da allgemein interessierende Beispiele und Gegenbeispiele gezeigt werden, ist der Besuch des Vortrages sehr zu empfehlen. Karten zum Preise von 50 Pf. (20 Pf. für Jugendliche) sind im Arbeiter-Sekretariat, Konsum Reilstr. und Bertramstr. zu haben.

* **Keine Baukostenzuschüsse mehr.** Nach dem Erlasse des Ministers für Volkswohlfahrt vom 16. September, sind die Mittel für die Gewährung von Baukostenzuschüssen erschöpft, und es ist sehr zweifelhaft, ob für das Rechnungsjahr 1920 mit einer Bereitstellung von weiteren Mitteln wird gerechnet werden können. — Wenn der Herr Minister für sogenannte Volkswohlfahrt dieselbe Energie aufwenden würde, wie sein Freund Noske es tut, um den alten Militarismus wieder zur Herrschaft zu bringen, dann würde die Regierung gezwungen sein, auf alle Fälle Gelder zur Milderung der furchtbaren Wohnungsnot herzugeben. Nur für den Noskemilitarismus sind die Mittel eben unerschöpflich.

* **Neuergriff eines Eisenbahnbureaukraten.** Mit dem täglich früh um 6 Uhr von Halle nach Bitterfeld fahrenden Personenzug fahren immer mehrere hundert Arbeiter von Halle nach Bitterfeld zu ihrer Arbeitsstelle. Da der Zug oft stundenlang Verspätung hat, so bedeutet das für den einzelnen Arbeiter einen Lohnausfall von 5 bis 6 Mark für den Tag. In der letzten Zeit fuhr früh um die gleiche Zeit ein halbleerer Gefangenentransportzug, den die Arbeiter im Einverständnis mit dem Fahrdienstleiter benutzten, um früher zu ihrer Arbeitsstelle zu kommen. Auch am Freitag war dies der Fall. Da kam ein Zugrevisor, der sich schon einmal unliebsam bemerkbar gemacht hatte, und forderte die Leute auf, auszusteigen. Dabei schrie er, faßte eine Frau am Arm und suchte sie hinauszuschieben. Da mittlerweile der fahrplanmäßige Zug einfuhr, stiegen die Arbeiter freiwillig aus. Bei dieser Gelegenheit versuchte der Zugrevisor einen Arbeiter zu verhaften. Als ihm von den herumstehenden Arbeitern vorgehalten wurde, daß er gar kein Verhaftungsrecht habe, zog er seinen Revolver und entsicherte ihn. Als die anderen Arbeiter eine drohende Haltung gegen den schießlustigen Beamten einnahmen, forderte dieser einige Eisenbahner auf, den Arbeiter abzuführen. Aber da kam er an die richtige Adresse, er wurde nur ausgelacht und mußte schließlich auch sein Schießeisen wieder einstecken. — Was hat dieser „arbeiterfreundliche" Zugrevisor überhaupt mit einem Revolver zu tun? Oder werden die „treubleibenden" Eisenbahnbeamten schon bewaffnet? Die planmäßige Bewaffnung macht gute Fortschritte. Daß derartige Vorkommnisse unbedingt provozierend wirken, scheinen die betreffenden Stellen zu vergessen.

* **Elsaß-Lothringen — Ausland.** Die Vorschrift, wonach Briefsendungen nach Elsaß-Lothringen den Gebührensätzen des Weltpostvereins unterliegen, ist anscheinend noch nicht hinreichend bekannt. Elsässische Firmen führen Klage, daß ihnen infolge ungenügend freigemachter, französischerseits mit Nachtaxe belegter Sendungen aus Deutschland bedeutende Portoauslagen entstehen. Es wird daher erneut darauf hingewiesen, daß Briefsendungen nach Elsaß-Lothringen jetzt nach dem Weltpostvereinssätzen mit 15 Pf. für die Postkarte und 30 Pf. für einen Brief bis zu 20 Gramm freizumachen sind.

* **Der Verkehr in der Städtischen Sparkasse** gestaltete sich vom 1. bis 30. September wie folgt: Bestand der Einlagen am 31. August 98974347,86 Mk. gegen 83040685,72 Mk. im Vorjahre, Einzahlungen vom 1. bis 30. September 7666425,34 Mk. gegen 4952772,61 Mk. im Vorjahre; zusammen 106640773,20 Mk. gegen 87993458,33 Mk. im Vorjahre. Rückzahlungen vom 1. bis 30. September 8099339,93 Mark gegen 3558535,66 Mk. im Vorjahre, Bestand am 30. September 98541433,27 Mk. gegen 84454922,67 Mk. im Vorjahre. Danach haben die Rückzahlungen im Berichtsmonat die Einzahlungen erheblich überflügelt, was auf zunehmende wirtschaftliche Schwierigkeiten hindeutet.

* **Stadttheater.** Heute, Montag, gelangt Carmen zur Aufführung. Dienstag wird der Schwank Die Rutschbahn wiederholt. Mittwoch Die Zauberflöte, Donnerstag Hannerl, Freitag Egmont, Sonnabend nachmittag 3 Uhr Schulvorstellung Wilhelm Tell, Sonnabend abend 8 Uhr erstes Sinfoniekonzert. Leitung: Fritz Busch, erster Kapellmeister am württembergischen Landestheater, Stuttgart. Sonntag nachmittag Fremdenvorstellung: Die Rose von Stambul, Sonntag abend Carmen.

Nietleben. Mittwoch, abends 8 Uhr, im Gasthaus zur Sonne öffentliche Versammlung. Genosse Scholem wird einen Vortrag über Das Rätesystem und die Arbeiterschaft halten. Einem recht zahlreichen Besuche sieht entgegen Die Distriktsleitung.

Oppin und Umgegend. Am Mittwoch, den 15. Oktober, abends 8 Uhr Distriktsversammlung beim Gastwirt Ulrich in Pranitz.

Stadttheater.

Die Zauberflöte. Wie viele sich gefreut hatten, Mozarts Meisterwerk wieder einmal zu hören, bewies das ausverkaufte Theater. Selbst Richard Wagner mußte zugeben, daß die Zauberflöte ein „vollendetes Meisterwerk" sei, „das unmöglich übertroffen, ja dessen Genre nicht einmal mehr erweitert und fortgesetzt werden konnte". In dem von irdischer Liebe überquellenden zärtlichen Herzen Mozarts hatte sich eine zweite, mehr auf letzte, ewige Dinge gerichtete Liebeswelt aufgebaut. Den Zustand harmonischer Durchdringung beider Liebeswelten haben wir nun in der Zauberflöte. Ein Schritt zurück in des Meisters innere Entwicklung führt uns zum weltlichen Don Juan, ein Schritt vorwärts zum todesernsten Requiem. Aus dieser ganzen Stellung der Zauberflöte erklärt es sich deshalb, warum so viele Geschmacksrichtungen im Genusse dieser Oper Verteidigung finden. Der Eine genießt speziell die schönheitsverklärte Musik, der Zweite lobt sich an ihrer dramatischen Kunst und der Herausarbeitung der einzelnen Charaktere, der Dritte wieder ergötzt sich hauptsächlich an den für leibliche Genüsse so empfänglichen idealisierten Papageno und ein Vierter freut sich durch Symbole hindurch in eine und den wenigsten zugängliche Gefühls- und Gedankenwelt ein. So kommt ein jeder auf seine Rechnung. Freilich ist es nicht leicht, eine vollendete Aufführung der Zauberflöte zu bekommen. Denn auch bei den Darstellern wird eine gewisse harmonische künstlerische Bildung vorausgesetzt. Technische Reife vor allem in Gesang wird bei allen Darstellern mehr oder weniger zu fordern sein: Dies ist in unserer Zeit infolge des Sprechgesangs durch Wagner schwer zu erreichen. Man möchte Mozart schon gern vollendet singen, kann es aber beim besten Willen nur bis zu einem gewissen Grade. So ging es auch in der gestrigen Vorstellung verschiedenen Darstellern. Am besten schnitt Alfred Ernesti mit

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219191013-12/fragment/page=0005

seinem Tamino ab, er war vorzüglich bei Kräften, spielte sich sehr gut gegen den Schluß eine leichte Ermüdung einstellte. Etwas zu unruhig war nach unserem Empfinden die „sanfte, tugendhafte" Pamina Elsbeth Sellins angelegt, auch stimmlich war sie nicht einwandfrei. Cornelius Bard liebt kräftigere Akzente, als wie sie ihn der Sarastro Mozarts bietet. Er traf darum nicht immer die rechte Weise in dem edlen Melos dieser Idealfigur. Gefallen konnte Elisabeth Schwarz als Königin, obwohl ihr diese Rolle nicht immer gut liegt. Georg Westernhagens Papageno ist bekannt, und ihm stand in Anna Enghardt eine muntere Papagena zur Seite. Als Sprecher der geweihten Schar betätigten sich mit Erfolg August Roesler, während Hans Baron in der humoristischen Rolle des Monostatos ganz in seinem Element war. Bleibt noch zu erwähnen der gut abgestimmte Gesang der drei Genien: Hedwig Jungkurth, Gertrud Schlurick und Katharina Eichenberg. Die melodische Linie der drei Damen: Martha v. Falken, Hilde Voß und Henriette Böhmer büßte von ihrer Schönheit durch die etwas flackernde Stimme des ersten Soprans ein. Der erste und zweite Priester sowie die beiden Geharnischten waren mit William Burt und Kurt Schreiber gut besetzt. Prächtig klang der Priesterchor. Recht zart und warm spielte das Orchester unter Felix Wolfes Leitung. Jedenfalls führte sich der Künstler als tüchtiger Mozart-Interpret ein. Unter A. Roeslers Spielleitung endlich lief diese alte „Maschinenkomödie", wie die Zauberflöte spottweise genannt wird, sicher, wenn auch nicht ohne Geräusch, ab.

Aus der Provinz.

Zwei wichtige Anfragen.

Die Landtagsabgeordneten Mengel-Halle und Sämisch-Merseburg haben in der Preußischen Landesversammlung folgende für die mitteldeutsche Industrie bedeutsame Anfragen an die Regierung gestellt:

I.

Die wirtschaftlich aufeinander angewiesenen Werke:

1. das Reichsstickstoffwerk Piesteritz
2. das Großkraftwerk Zschornewitz
3. die Grube Golpa

sind von einer Katastrophe bedroht. Im Stickstoffwerk Piesteritz können aus Mangel an Kalk nur 5 von 8 Oefen in Betrieb erhalten werden. Weitere Einschränkungen stehen unmittelbar bevor. 300 Arbeiter sind bereits vor einigen Wochen entlassen, die Belegschaft soll aber noch mehr verkleinert werden. Der Mangel an Kalk ist auf ungenügende Belieferung der Kalkwerke mit Kohle zurückzuführen. Es hat sich herausgestellt, daß von den überwiesenen Kohlenmengen regelmäßig ein größeres Quantum nicht ankommt. Die liefernde Grube Westfalia, Essen, wäre imstande, ausreichende Mengen abzugeben, wenn nur die erforderliche Wagenzahl gestellt würde. Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um eine ausreichende Kohlenversorgung der Kalkwerke und damit den vollen Betrieb des Stickstoffwerks sicherzustellen?

II.

Infolge der Betriebseinschränkungen des Stickstoffwerkes — dem hauptsächlichsten Stromabnehmer des Werkes Zschornewitz — ist der Bedarf des letztgenannten Werkes an Heizkohle, der ausschließlich von der Grube Golpa gedeckt wird, von täglich 7000 auf 4000 Tonnen gesunken. Die dadurch bedingte verringerte Kohlenförderung hat zur Folge, daß die im Prämienlohnsystem arbeitenden Grubenarbeiter nie auch nur ihren regulären Schichtlohn verdienen können. Ihre Lebenslage wird angesichts der herrschenden Teuerung geradezu zu einer verzweifelten. Es besteht die Gefahr einer Arbeitseinstellung. Eine solche würde zugleich das Großkraftwerk Zschornitz, von dem auch Berlin zum Teil mit elektrischer Energie versorgt wird, als auch das Stickstoffwerk Piesteritz außer Betrieb setzen.

Die Gefahr könnte beseitigt werden, wenn die Förderungsmöglichkeit der Grube Golpa voll ausgenützt und die überschießende Produktion, zirka 5000 Tonnen im Monat, als Hausbrand an die danach lechzenden Städte abtransportiert würde. Ist die Staatsregierung bereit, in dieser Richtung schleunigst einzugreifen? Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um den Betriebsräten gemeinwichtiger Betriebe Gehör zu verschaffen, damit sie nicht, wie es im vorliegenden Falle geschah, unverrichteter Sache von den Behörden (Eisenbahnministerium) abgewiesen werden?

Bretzin. Landarbeiterstreik. Nach längeren Besprechungen der Landarbeiter mit den hiesigen Arbeitgebern, die resultatlos verliefen, sind die Verhandlungen abgebrochen worden. Die Agrarier wollen den Landarbeitern absolut nicht entgegenkommen, und diese Hartnäckigkeit hat die Landarbeiter dazu gebracht, geschlossen in den Streik zu treten, bis die Herren gewillt sind, Entgegenkommen zu zeigen. Einige Arbeitgeber haben die Forderungen ausdrücklich für berechtigt erklärt, aber die Herren Hanke, Schröter und andere haben in mehreren Besprechungen, an denen auch der Kreisvertrauensmann der Landarbeiter, Kollege Eichke, teilnahm, ihre Hartnäckigkeit bewiesen. Das Rittergut Zschernitz, wo der Streik ebenfalls begonnen hatte, hat bereits nachgegeben. Unsere Kollegen haben dort außerdem noch den schönen Erfolg zu verzeichnen, daß sich auch die bisher Unorganisierten dem Verbande angeschlossen haben. Die Landarbeiter sind gewillt, den Kampf, der ihnen von den Agrariern aufgezwungen worden ist, so lange durchzuhalten, bis sie durch ihre Einigkeit einen vollen Erfolg errungen haben.

Wolfen. Passive Resistenz und Regierungsvertreter. In der Belegschaftsversammlung der Anilinfabrik gab Kollege Haar den Bericht von den in der Handelskammer Halle am 7. Oktober begonnenen Verhandlungen, die sich äußerst stürmisch gestaltet hätten, so daß sie gezwungen gewesen seien, mehrmals demonstrativ den Verhandlungssaal zu verlassen. Bezeichnend sei es für die Vertreter der Gewerkschaften, daß sie den Bezirks-Betriebsrat nicht als vertragsmäßigen Kontrahenten anerkennen wollten. Die Arbeitgeber waren weniger reaktionär, als die Gewerkschaftler, und erklärten, daß sie gegen die Anwesenheit der Vertreter des Bezirks-Betriebsrates nichts einzuwenden hätten, da dieser eine anerkannte Verhandlungsinstanz sei. Die Lohnverhandlungen seien auf Mittwoch, den 15. ds. Mts., vertagt. Es seien ungemein lebhaft Regierungsvertreter, Herr Lüdemann vom Arbeitsministerium und Unterstaatssekretär Peters im Werke anwesend, welche, wenn nötig, mit der Arbeiterschaft über die Aufhebung der passiven Resistenz verhandeln wollten. Er wisse wohl, daß die Direktion des Werkes die Regierung angerufen habe, und diese habe sofort, da der Ruf von kapitalistischer Seite ergangen sei, ihre Vertreter, welche zweifellos im Saale anwesend seien, entsandt. Die Arbeiterschaft hätte allerdings lange rufen können, bis ein Regierungsvertreter erschienen sein würde. Kollege Haar kam noch einmal auf die Ablehnung des Mitbestimmungsrechtes zu sprechen und richtete einen Appell an die Vernunft der Belegschaft. Nach seiner Ueberzeugung müsse die Bewegung abgebrochen werden, denn da sie sich lokalisiert habe, sei die Aktion aussichtslos. Ein nutzloses Aufreiben der Kräfte halte er nicht für angebracht; vielmehr müßten die Kräfte gesammelt werden zu einem gemeinsamen gewaltigen Schlage. Aufgeschoben sei nicht aufgehoben. Es wurde der Antrag auf Aufhebung der passiven Resistenz gestellt und einstimmig angenommen.

In der Diskussion wurden die Regierungsvertreter aufgefordert, sich zu äußern. Herr Lüdemann ergriff das Wort und führte aus, daß er vorerst den gegen die Regierung erhobenen Vorwurf zurückweisen müsse, die Regierung folge dem Rufe der Kapitalisten früher als dem der Arbeiter. Ueberall dort, wo Differenzen mit den Unternehmern ausgebrochen seien, habe die Regierung, wenn es von der Arbeiterschaft gewünscht wurde, vermittelnd eingegriffen. (Zurufe: Noske! — Mit den Maschinengewehren!) Leider hat sich später herausgestellt, daß sich die Bildung einer Reichswehr zum Schutze der Regierung nötigemacht habe. Er versicherte, daß die Regierung ursprünglich nicht daran gedacht habe, eine Reichswehr ins Leben zu rufen. (Zuruf: Eine Regierung, die sich nur durch rücksichtslosesse Gewalt zu behaupten vermag, ist keine Volksregierung.) Redner verträstete auf das Betriebsrätegesetz, welches voraussichtlich in 2. Lesung bis Anfang November zustande kommen werde. (Zwischenruf: Da wird was schönes bei herauskommen! Langanhaltendes Lachen und Lärm erfüllte den Saal.) Erst nach längerer Zeit gelang es dem Regierungsvertreter, zu erklären, daß, wenn das Betriebsrätegesetz nicht den Beifall der Masse fände, dann sei dies die Schuld derjenigen Vertreter der Arbeiterschaft, welche am 7. Juli, anstatt mitberatend zu wirken, die Verhandlungen in Berlin kurzerhand abgebrochen haben.

Kollege Haar gab zu, die Regierung habe wohl nach ihrer Art hier und dort „vermittelnd" eingegriffen, aber wo dies geschehen sei, seien Ströme von Blut geflossen. Unzählige Arbeitsbrüder seien hingemordet worden und Unzählige schmachteten heute in Zuchthäusern und Gefängnissen. Zu einer solchen Regierung könne man kein Vertrauen haben. Er müsse es entschieden zurückweisen, wenn behauptet würde, die Vertreter seien daran schuld, welche im Juli mit der Regierung die Verhandlungen abbrechen mußten, da das Betriebsrätegesetz nicht dem Wunsche der Arbeiterschaft entsprach. Die Vertreter, zu denen er selbst gehört habe, hätten sich die denkbar größte Mühe gegeben, durch Umformulierung der Paragraphen des Referentenentwurfes, für welchen der anwesende Herr Lüdemann mitverantwortlich sei, ein nur einigermaßen brauchbares Gesetz zustande zu bringen. Alle Bemühungen seien jedoch an der Hartnäckigkeit der Regierung gescheitert. Erst nachdem alles, was nur irgend zur Verständigung hätte dienen können, unternommen worden war, mußten die Verhandlungen abgebrochen werden. Tatsächlich enthalte das Betriebsrätegesetz von Regierungs Gnaden höchstens die Rechte der vorrevolutionären Arbeiterausschüsse. Würde dieser Entwurf der Regierung zur Annahme gelangen, dann sei die Lüneburger Heide nicht groß genug, das Heer der Arbeitslosen, die sich aus ehemaligen Betriebsratsmitgliedern zusammensetzen würden, aufzunehmen, denn nach diesem Entwurf sei die Direktion ermächtigt, in besonderen Fällen den Betriebsrat abzusetzen. Anhaltender, stürmischer Beifall lohnte die sachlichen Ausführungen des Kollegen Haar.

— Berichtigung. Im vorigen Bericht über die Belegschaftsversammlung ist ein Druckfehler enthalten. Diplom-Ingenieur Mäuschen hat nicht ein Minister-, sondern höchstens ein Meistergehalt.

Schmiedeberg. Die Nichtbestätigung der Magistratswahlen hat auf Beschwerde des Genossen Kotzbau der Regierungspräsident in Merseburg ausgesprochen. Unsere Genossen hatten die Gültigkeit der am 2. März stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen auf dem Wege des Verwaltungsverfahrens angefochten. Der Bezirksausschuß erklärte die Wahl für ungültig, wogegen die Stadtverordnetenversammlung am 23. Juli Berufung beim Oberverwaltungsgericht in Berlin einlegte. Bis jetzt ist noch kein Bescheid gekommen. Obwohl nun auch die Wahlen zum Magistrat für ungültig erklärt wurden, haben die Bürgerlichen mit Hilfe der Rechtssozialisten nichts Eiligeres zu tun, als wieder Neuwahlen für den nicht bestätigten Magistrat auszuschreiben. Die U. S. P. wird alle diese Wahlen anfechten, bis das Oberverwaltungsgericht in Berlin das endgültige Urteil gefällt hat. Dann wird es aus sein mit der bürgerlichen Hochburg.

Dommitzsch. Aus dem Stadtparlament. Die Kassenrevisionsprotokolle wurden, da Irrtümer nicht zu verzeichnen waren, für richtig erklärt. Ein Herr Reinhold Plötz aus Woisen fragt bei der Stadtverwaltung an, ob, wie ihm mitgeteilt worden ist, Kohlenfelder hier vorhanden wären. Dieses wird bejaht, und zu diesem Zweck der städtische Labaun zur Verfügung gestellt. Als Mitglied zum Wegebauverband wurde Herr Prekonitzsch gewählt. Es lag ein Antrag des Genossen Bänisch vor, auf Lernmittelfreiheit in der Schule, welchen der Antragsteller auch begründete, indem er auf die schwierige Lage verschiedener Familien hindeutete, die vier bis sechs Kinder zur Schule schicken müssen. Aber trotzdem wurde der Antrag abgelehnt. Sogar Herr Schöchert, welcher auf unserer Liste gewählt worden ist, stimmte dagegen, und da dieser noble Arbeiterverräter (nicht Arbeitervertreter) das schon zum vierten Male getan hat, so wird die nächste Parteiversammlung sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen müssen. Herr Brüggemann, Kantor der hiesigen Schule, erklärte sogar, die Familienväter sollten nicht soviel Vergnügen mitmachen, dann könnten sie auch die Bücher für ihre Kinder bezahlen! Für den Bauplatz, auf welchem die Stadt drei Zweifamilienhäuser baut, verlangt der Kirchenvorstand jährlich 200 Mk. Genosse Paul erklärte diese Preisforderung für Wucher, und das mit Recht, aber ist denn von der Kirche, welche nie ihren großen Rachen voll bekommt, etwas anderes zu verlangen? Auch bei diesem Punkte zeichnete sich Herr Brüggemann aus, indem er erklärte, es bestände hier keine erhebliche Wohnungsnot, es gäbe Wohnungen in Hülle und Fülle. Vielleicht bei ihm und in verschiedenen Villen! In voriger Sitzung wurde ein Antrag Bänisch auf Regelung der kommunalen Steuerzuschläge abgelehnt, dagegen ein Antrag Enge angenommen, welcher besagt, daß Familien mit mehr als zwei Kindern und weniger als 3000 Mk. Einkommen 50 Prozent Kommunalsteuer weniger aufzubringen brauchen. Jetzt wurde auch dieser Antrag wieder zurückgezogen, weil er der Stadt jährlich 2218 Mk. Verlust bringe. Die Verwaltungskosten der Sparkasse sind von 6000 auf 8000 Mk. gestiegen. Verschiedene Anträge auf Bewilligung von Mitteln zu Wohltätigkeitszwecken wurden abgelehnt. Genossin Werner stellte den Antrag auf Wahl einer Lebensmittelkommission. Es wurden Genosse Bänisch und Herr Schöchert gewählt. Genossin Werner erklärte auf Grund reichhaltiger Unterlagen, daß bis jetzt fast sämtliche Kommunalwaren, welche hierher geliefert worden sind, teurer bezahlt werden mußten, als in Torgau und Belgern. Bei verschiedenen Waren macht das 10 bis 26 Prozent aus. Wer steckt das Geld eigentlich ein?

Herzberg. Oeffentliche Versammlung. Das hiesige Gruppchen der S. P. D. hatte am Sonnabend abend zu einer öffentlichen Versammlung im Schützenhaus eingeladen. Bezirkssekretär Drescher-Halle referierte 2¼ Stunden über die Ereignisse des verflossenen Jahres. Er vermied es sorglich, auf den Krieg und die Schuld am Kriege einzugehen; desto mehr feierte er die schöpferische Arbeit der Rechtssozialisten beim Abschluß des Waffenstillstandes, der Heimführung des Friedens und der Schaffung einer neuen gesetzlichen Form, der Nationalversammlung. An einigen Artikeln der Verfassung suchte er darzulegen, daß für die Arbeiter die revolutionären Errungenschaften sicher seien. Das Deutsche Reich ist eine Republik, die Staatsgewalt geht vom Volke aus, das Staatsoberhaupt wurde von der Volksvertretung gewählt, die Betriebsräte sind in der Verfassung verankert, deutscher Arbeiter, was verlangst du noch mehr? — Dem Redner trat in einstündigem Korreferat mit vollem Erfolg unser Genosse Janßen entgegen, der in sachlicher Weise zunächst auf den Krieg und die Kriegspolitik der Rechtssozialisten einging und zeigte, daß diese im Rahmen eines Vortrags über die politische Lage von grundlegender Bedeutung sind, indem sie erst die augenblicklichen schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse verständlich machen. Weiter rechnete er scharf mit den Leistungen der Rechtssozialisten seit der Regierungsübernahme ab und bewies, daß für das Proletariat so gut wie nichts erreicht ist. Nachdem noch ein rechtssozialistischer jugendlicher Lehrer versucht hatte, die Diskussion auf ein humoristisches Niveau herabzudrücken, auf das wir ihm nicht folgen konnten, schilderte Genosse Walter-Herzberg die Ereignisse der letzten Tage, indem er an die Rede Scheidemanns anknüpfte, die unter dem Motto stand: „Der Feind steht rechts". Urplötzlich ist den Rechtssozialisten endlich diese Erkenntnis gekommen, und wie weit die Gefahr bereits gediehen ist, beweisen die Vorgänge im Baltikum. — Trotzdem der Hauptredner den Abends in einem ausgedehnten Schlußworte, das erst um ½9 Uhr endete, die vorgebrachten Richtigstellungen seines Referats zu entkräften versuchte, konnte sich die hauptsächlich aus Arbeitern zusammengesetzte Versammlung doch nicht überzeugen, daß der heutige Kurs der richtige sei, der Beifall galt vielmehr unseren Diskussionsrednern. Der durchsichtige Zweck der ganzen Versammlung, Proselytenmacherei für die S. P. D. war also verfehlt. Die Rechtssozialisten mögen sich gefaßt sein lassen, daß für sie kein Raum mehr ist, wo die U. S. P. einmal Boden gefaßt hat.

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten: Karl Bock; für Halle und Saalkreis: Gottlieb Kasparek; für Aus der Provinz und Versammlungsberichte: Werner Schoenn; für Anzeigen: Hermann Schade; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. Druck Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei G. m. b. H.; sämtlich in Halle.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

5076

Rauchtabak, garantiert reine und trockene Uebersee-Ware, mittelschnitt, pro Pfd. 17.50 Mk., mindest. 9 Pfd.-Postkolli unt. Nachnahm. **Karl Stein.** Neustadt a. Hdt. (Pfalz) Ludwigstr. 9, Tabakfabr.-Großhandlg.

Mit oder Mich? Leitfaden zum Gebrauch der Fürwörter. Ein Lehr- und Uebungsbuch für den Selbstunterricht. Preis 1.60 Mark (n. auswärts 10 Pf. Port.) Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung,** Halle a. S., Harz 42/44.

Tüchtiger **Schuhmacher** bei hohem Stundenlohn u. bauernder Beschäftigung sofort gesucht. Zu melden Schmeerstr. 6, Schuhreparatur. 5067

Stoffe in blau, schwarz und farbig, zu Damenkostümen und Mänteln sowie Mädchenkleidern vorzüglich geeignet, sehr preiswert zu verkaufen. **Wörmlitzer Strasse 3 III.** 47 S

Arbeitsmarkt

Schneiderinnen u. Näherinnen vermittelt kostenlos *3216 **Städtisches Arbeitsamt,** Gr. Brauhausstr. 30 I (Passage). Fernr. 5602.

Leben-Unfall-Haftpflicht. Tüchtige **Reisebeamte** für grösseren Bezirk, und **Platz-Inspektoren** für die Stadt Halle *3106 gesucht. Nürnb. Lebensversicherungs-Bank, Nürnberg. Subdirektion für die Provinz Sachsen in Halle, Gr. Steinstrasse 58, I.

Fahrräder nur erstklassige :: Fabrikate :: mit Gummibereifung sofort lieferbar. *3105 **Nähmaschinen** nur erste deutsche — Fabrikate. — Billigste Preise für allerbeste Waren ist meine Grundbedingung. **Fritz Schönbrodt, Bitterfeld,** Tel. 284 — Markt 5. — Tel. 284

Rein überseeischen Tabak, 100 Gramm 5.50 Mark, amerikanischen u. dänischen Kautabak, Zigaretten, mit Mundstück, Orient. Tabak, 100 Stück von 17 Mk. an, mit Gold von 31 Mk. an. Zigarren, eigenes Fabrikat, empfiehlt *3228 **G. Uhlemann, Dürrenberg (S.).** Alle Parteischriften empf. d. Volksbuchhandlung.

Empfehlen s. Anschaffung **Für Betriebsräte im Bergbau.** Unterrichtsbriefe zum Studium des Bergwerksbetriebes und der darauf bezüglichen gesetzlichen u. polizeilichen Vorschriften von E. Roggenkämpfer. Preis 2.— Mk. Porto 20 Pf. Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung,** Halle a. d. S., Harz 42/44.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219191013-12/fragment/page=0006